

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

über die Siebte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
vom 7. bis 10. Juli 1998 in Kopenhagen

Inhalt

- I. Teilnehmer
- II. Ständiger Ausschuß
- III. Eröffnungssitzung
- IV. OSZE-Diskussionsrunde und Seminar
- V. Verleihung des „OSZE-Preises für Journalismus und Demokratie“
- VI. Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit
- VII. Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
- VIII. Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen
- IX. Treffen der Parlamentarierinnen
- X. Plenarsitzungen
- XI. Wahl des Präsidiums
- XII. Anhang
(Erklärung von Kopenhagen, Beschluß des Ständigen Ausschusses vom 7. Juli 1998, Erklärung des Parlamentarierinnentreffens, Liste der Funktionsträger)

I. Teilnehmer

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegation zur Siebten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nach Kopenhagen:

Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU), Leiterin der Delegation

Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)

Abg. Katrin Fuchs (Verl) (SPD)

Stellvertretende Leiterin der Delegation

Abg. Dieter Heistermann (SPD)

Abg. Ulrich Irmer (FDP)

Abg. Helmut Rauber (CDU/CSU)

Abg. Kurt Rossmann (CDU/CSU)

Abg. Ludger Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

*Abg. Prof. Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD),
Vorsitzender des 3. Ausschusses*

*Abg. Willy Wimmer (Neuss) (CDU/CSU),
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung*

Abg. Dr. Christoph Zöpel (SPD)

Bei der Siebten Jahrestagung der Versammlung waren Parlamentarier aus allen OSZE-Teilnehmerstaaten mit Ausnahme Maltas vertreten. Turkmenistan wurde durch den OSZE-Botschafter in Wien, Herrn **Batyr Berdyev**, repräsentiert. Insbesondere die amerikanische und die russische Delegation erschienen in diesem Jahr sehr mitgliedsstark. Eine Parlamentarierdelegation der von der Teilnahme suspendierten Bundesrepublik Jugoslawien sowie der Leiter des Kosovo-Informationszentrums, Herr **Riza Nikqi**, hatten in Kopenhagen Beobachterstatus. Darüber hinaus nahmen Delegationen aus Ägypten und Marokko als Partner der Zusammenarbeit aus dem Mittelmeerraum (Mediterranean Partners for Cooperation) an der Tagung teil, ebenso wie Vertreter des Europäischen Parlaments, der Interparlamentarischen Union, der Westeuropäischen Union, der Nordatlantischen Versammlung, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten, der Parlamentarischen Versammlung des Rates der Schwarzmeer-Anrainerstaaten (Black Sea Economic Cooperation) des Nordischen Rates sowie des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes.

Mit dem amtierenden Vorsitzenden des OSZE-Ministerrates, dem polnischen Außenminister **Bronislaw Geremek**, dem OSZE-Generalsekretär, **Giancarlo Aragona**, dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, **Max van der Stoep**, dem neu ernannten Beauftragten für Medienfreiheit der OSZE, Abg. **Freimut Duve**, dem Direktor des Büros für

demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), **Gérard Stoudmann**, dem neu ernannten Koordinator für ökologische und ökonomische Aktivitäten der OSZE, **Thomas Price**, sowie der Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina, **Gret Haller**, waren in Kopenhagen hochrangige Vertreter der OSZE-Exekutive anwesend.

Bei der Kopenhagener Konferenz handelt es sich um die erste Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am Sitz des Internationalen Sekretariates der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, das vor mehr als fünf Jahren dort gegründet wurde. Der Großzügigkeit des dänischen Parlamentes ist es zu verdanken, daß gut ausgerüstete und zentral gelegene Büroräume dieser neu gegründeten interparlamentarischen Institution im Jahre 1993 zur Verfügung gestellt wurden. Nachdem die Fünfte Jahresversammlung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Stockholm stattgefunden hatte, fand die Siebte Jahresversammlung nun wiederum in einem skandinavischen Land statt.

II. Ständiger Ausschuß

Der Ständige Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE tagte am 7. Juli 1998 in Kopenhagen unter Leitung von Präsident **Javier Rupérez** (Spanien). Zu Beginn der Sitzung richtete dieser sich mit einem Grußwort an die Teilnehmer, in dem er über seine OSZE-bezogenen Aktivitäten während der letzten Wochen und Monate einen Bericht abgab.

Im Anschluß daran stand der Bericht des Schatzmeisters **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) über den Stand der Finanzen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf der Tagesordnung. Es seien 97,7 Prozent Beitragserfüllung zu verzeichnen sowie eine Einhaltung der Haushaltsvorgaben. Für das Haushaltsjahr 1998/99 schlage er eine Haushaltssteigerung unterhalb der Inflationsrate in Höhe von 7 Prozent vor. Er richte die Bitte um Beitragssteigerung an die Parlamentarische Versammlung der OSZE, um beispielsweise eine Modernisierung der EDV-Anlage des Internationalen Sekretariates zu ermöglichen. Zudem regte er eine Gehaltserhöhung in Höhe von 3 Prozent für die Beschäftigten des Internationalen Sekretariates an, die in den letzten drei Jahren auf Gehaltssteigerungen verzichtet hätten. Die Reisekosten des Internationalen Sekretariates seien im Haushaltsjahr 1997/98 gleich geblieben, lediglich das Budget für die Jahresversammlung sei geringfügig angestiegen. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses brachten keine Einwände gegen den von **Sir Peter Emery** vorgelegten Haushaltsentwurf 1998/99 vor, so daß dieser einstimmig angenommen wurde.

Sodann berichtete das von **Präsident Rupérez** eingesetzte **Credential Committee**, das sich mit der Frage befaßte, welche Delegation Weißrußland in der Interparlamentarischen Versammlung der OSZE vertreten dürfe, über seine Arbeit. Hintergrund war die Grundsatzentscheidung des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung vom Januar 1997 in

Wien, wonach die Mitglieder des alten weißrussischen Parlaments legitime Vertreter in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE seien. Da das Mandat dieser Delegation angefochten wurde, wurden vom Credential Committee in Kopenhagen beide Seiten angehört. Einstimmig kam man zu dem Ergebnis, daß die Mitglieder des alten weißrussischen Parlaments (13. Oberste Sowjetdelegation) weiterhin legitime Vertreter in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE seien. Die Verhältnisse in Weißrußland hätten sich im Vergleich zur Situation im Jahre 1997 nicht verändert. Die internationale Meinung erkenne den 13. Obersten Sowjet als legal gewähltes Gremium an. Die Legalität des neuen Parlamentes hingegen werde durch alle demokratischen Staaten in Frage gestellt. Auch die von **Sir Peter Emery** vorgetragene Eindrücke von seiner Mission nach Weißrußland untermauerten die nicht-demokratischen Tendenzen der Politik von Präsident **Lukaschenka**. Ein Parlament, das jedoch einer legalen Basis entbehre, könne nicht legal durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE akzeptiert werden. Das Credential Committee berücksichtigte ebenfalls Informationen der Botschafterin **Audrey F. Glover** vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, die substantielle Bedenken hinsichtlich des Machtmißbrauchs in Weißrußland vortrug. Ferner nahm es die Versicherungen des 13. Obersten Sowjet zur Kenntnis, wonach weiterhin regelmäßige Treffen stattfänden, auch wenn dies unter erschwerten Bedingungen geschehe. Der Empfehlung des Credential Committee folgend, entschied sich auch der Ständige Ausschuß dafür, weiterhin die Mitglieder des alten weißrussischen Parlamentes als legitime Vertreter Weißrußlands anzusehen (s. Anhang S. 35). Zusätzlich wurde erwogen, eine neue Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Weißrußland einzusetzen.

Unter dem Punkt „Siebte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen“ dankte **Präsident Rupérez** zunächst den dänischen Gastgeber für alle von ihnen getroffenen Vorkehrungen. Im Anschluß daran informierte das Internationale Sekretariat über die Modalitäten der Wahl von Ausschußvertretern und der für den Freitagnachmittag angesetzten Wahl eines neuen Präsidenten.

Für die „Verhandlung zusätzlicher Beratungsgegenstände“ lagen zwei Vorschläge vor. Zum einen beschäftigte sich ein Resolutionsentwurf des **Präsidenten Rupérez** mit der Lage im Kosovo. 31 Abgeordnete aus 15 Staaten hatten diesen unterschrieben, so daß die Voraussetzungen des Artikel 18 der Geschäftsordnung eindeutig erfüllt waren. Hierzu waren 13 Änderungsanträge eingebracht worden. Aufgrund der umfassenden Tagesordnung des Plenums am letzten Sitzungstag, beschloß der Ständige Ausschuß mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit, den Kosovo-Entwurf an den ersten Ausschuß zu überweisen.

Auf Initiative der dänischen Delegation wurde ein weiterer Resolutionsentwurf zu einem zusätzlichen Tagesordnungspunkt vorgelegt, der sich mit dem Attentat auf den Vorsitzenden der türkischen Menschenrechtsvereinigung, Herrn **Akin Birdal**, befaßte. Dieser Resolutionsentwurf war von 18 Abgeordneten

aus sieben Ländern unterschrieben worden, so daß die Formalien des Artikel 18 der Geschäftsordnung erfüllt waren. Änderungsanträge wurden zu diesem Resolutionsentwurf nicht vorgebracht. Ein Vertreter der **türkischen** Delegation kritisierte den vorgelegten Resolutionsentwurf als zu nuanciert und durch die zeitlichen Entwicklungen überholt, da die Beschuldigten bereits vor Gericht gestanden hätten und Herr Birdal das Krankenhaus verlassen hätte. Der Vorschlag, diesen Resolutionsentwurf an den dritten Ausschuß zu überweisen, wurde abgewiesen, da der Resolutionsentwurf im Ständigen Ausschuß nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erhielt.

Anschließend standen die „Termine zukünftiger Treffen“ auf der Tagesordnung. Tagungsort der Achten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 6. bis 10. Juli 1999 wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Moskau sondern St. Petersburg sein. Die nächste Sitzung des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wird am 2. Dezember 1998 in Oslo stattfinden. Aufgrund des großen Erfolges wird es zur Konferenz von Monaco über die subregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Folgekolloquium geben, das vom 13. bis 15. Oktober 1999 in Nantes stattfinden wird. Ein diesbezügliches Vorbereitungstreffen wird die Themen der Konferenz im Vorhinein abstimmen. Sodann nahmen die Mitglieder des Ständigen Ausschusses die Einladung des rumänischen Delegationsleiters **Severin** an, die Neunte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli 2000 in Bukarest durchzuführen. Der Ständige Ausschuß werde sich wie in den Vorjahren im Januar oder Februar 1999 in Wien treffen. Der genaue Termin werde frühzeitig bekanntgegeben. erinnert wurde noch einmal daran, daß im Oktober 1998 ein Folgeseminar zum letztjährigen Kaukasus-Seminar in Tiflis in Georgien stattfinden werde.

Als letzter Punkt wurden unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zunächst die Berichte über die Wahlbeobachtungen besprochen. So habe die Parlamentarische Versammlung der OSZE in der Ukraine, Moldawien, Armenien sowie der Tschechischen Republik im zurückliegenden Jahr ihr aktives Engagement fortgesetzt.

Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen für den Preis für Journalismus und Demokratie wurde von Ende März auf Ende Februar für das jeweilige Jahr vorverlegt, um für das Preiskomitee mehr Beratungszeit zu gewinnen. Eine dementsprechende Änderung von Regel 5 für die Vergabe des Preises wurde mehrheitlich angenommen.

Ein **finnischer** Abgeordneter erinnerte an seinen Vorschlag, sogenannte Fernkonferenzen durchzuführen, um Geld und Zeit für die Anreise zu sparen und dadurch häufigere Treffen beispielsweise des Ständigen Ausschusses zu ermöglichen. Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE entgegnete ihm, daß sein Vorschlag erwogen worden sei, jedoch seien bislang nicht alle 54 Mitglieder bereit und in der Lage, diese Technik anzuwenden. Dieser Vorschlag werde jedoch weiter verfolgt werden.

III. Eröffnungssitzung

In der Eröffnungssitzung, die am Vormittag des 7. Juli 1998 in den Räumlichkeiten des Falkoner Center in Kopenhagen stattfand, sprachen der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Javier Rupérez**, der Präsident des dänischen Parlaments, **Ivar Hansen**, der dänische Ministerpräsident, **Poul Nyrup Rasmussen**, sowie der amtierende Vorsitzende der OSZE, **Bronislaw Geremek**.

In seiner Eröffnungsansprache wies der **Präsident der Versammlung** auf das im Oktober in Tiflis stattfindende Seminar hin. Ferner legte er die Gründe dar, die ihn zur Einbringung des Zusatztagesordnungspunktes „Lage im Kosovo“ bewogen hatten. Er zählte die Monaco-Konferenz zur subregionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, seine Reisen in die Mitgliedstaaten sowie seine Bemühungen um die Stärkung der Rolle der Parlamentarischen Versammlung in der OSZE-Familie als wichtige Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf. Er schloß seine Ausführungen mit einem ausdrücklichen Dank für die gute Unterstützung, die die Mitarbeiter des Internationalen Sekretariates ihm hätten zukommen lassen sowie das Vertrauen, das seine Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär **Spencer Oliver** gekennzeichnet habe. Nicht vergessen wolle er auch das spanische Parlament, das ihm in vielerlei Hinsicht seine Arbeit als Präsident der Versammlung erst ermöglicht habe.

Im Anschluß daran überbrachte der **dänische Parlamentspräsident Ivar Hansen** den Konferenzteilnehmern einen herzlichen Willkommensgruß des dänischen Parlamentes. Sein Land habe sich von Beginn an der Förderung der OSZE gewidmet und wolle auch in Zukunft einen Beitrag zu deren Aktivitäten erbringen. Interparlamentarische Versammlungen seien wichtige Instrumente zur Erreichung von mehr Verständnis bei den Bürgern. Im Gegensatz zu Regierungsvereinigungen müßten die Parlamentarischen Versammlungen sich gewissen Rücksichten und Verpflichtungen nicht beugen. Dadurch hätten sie eine größere Chance, zu internationaler Verständigung und Konfliktvermeidung beizutragen.

Der **dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen** sah in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ebenfalls eine Brücke zwischen der exekutiven OSZE und den Bürgern ihrer Mitgliedstaaten. Die OSZE sei das größte Forum, das alle Staaten in Europa zusammenfasse, darüber hinaus den Kaukasus, Zentralasien, die Vereinigten Staaten sowie Kanada. Die hierdurch entstehenden Kooperationen brächten Staaten zusammen, und gerade jenes bürgernahe Vorgehen sei erforderlich, um die Voraussetzungen für ein ungeteiltes Europa zu schaffen. Jetzt sei die historische Gelegenheit, die Vision einer freien und offenen Gesellschaft im gesamten OSZE-Raum Realität werden zu lassen. Aber es gebe natürlich Hindernisse und Herausforderungen. Einige Bedrohungen der allgemeinen Sicherheit hätten auch jetzt noch tragische Auswirkungen, so z. B. der Konflikt im Kosovo. Nun gelte es, alle Anstrengungen zu bündeln, um eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern. Prävention sei in jedem Fall besser als

Heilung. Die Charta über die Europäische Sicherheit setze die Erarbeitung einer Plattform für kooperative Sicherheit voraus, ein gemeinsam entwickeltes Konzept der Kooperation zwischen sich gegenseitig unterstützenden und verstärkenden Institutionen. Die Sicherheit aller Bürger Europas setze Demokratie voraus. Demokratie basiere wiederum auf einem parlamentarischen System. Deshalb solle auch die Plattform für kooperative Sicherheit eine parlamentarische Dimension besitzen.

Der amtierende Vorsitzende der OSZE, der polnische Außenminister **Bronislaw Geremek**, würdigte die Arbeit der Männer und Frauen, die sich in 17 Langzeitmissionen engagierten und kostengünstige sowie effektive Arbeit leisteten. Zum Teil würde es natürlich manchmal einigen Wahlbeobachtungsmissionen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an Geld mangeln. Deshalb richte er an die in Kopenhagen anwesenden Parlamentarier den Appell, sich für eine gute finanzielle Ausstattung der OSZE stark zu machen, wenn die nationalen Haushalte verabschiedet würden. Die von der OSZE geleistete Unterstützung in Krisensituationen könne Leben retten, menschliches Leid verringern, Gewalt reduzieren und Hoffnung verbreiten. In den letzten fünf Jahren habe die Parlamentarische Versammlung der OSZE fast 700 Abgeordnete zur Beobachtung von mehr als 30 Wahlen entsandt. Dies sei ein Beweis für den wertvollen Beitrag zur Errichtung von demokratischen Institutionen und demokratischen Parlamenten in der ganzen OSZE-Region. Er wolle alle Parlamentarier ermutigen, auch zukünftig auf diesem Gebiet tätig zu sein.

Er sei sich aller Argumente, die gegen die Konsensregel der OSZE sprächen, bewußt. Dennoch sei er der Auffassung, daß die Konsensregel die demokratische Natur der OSZE dadurch sichere, daß sie auch kleine und mittelgroße Länder aufwerte. Wenn die mehr als 50 Regierungen, die in der OSZE repräsentiert seien, gemeinsam eine Entscheidung fällten, sei diese machtvoll und effektiv und könne vollständig umgesetzt werden. Bei der OSZE handele es sich um einen Zusammenschluß gleichberechtigter Staaten, so daß Entscheidungen auch der Diskussion und der Auseinandersetzung mit Argumenten anderer bedürften. Er sage aber nicht, daß der formale Konsens der einzig gangbare Weg sei. Es bestünden auch Mechanismen, um flexibel und außerhalb der OSZE-Konsensregeln tätig zu werden. So könne beispielsweise, falls notwendig, in Fällen einer eindeutigen Verletzung von OSZE-Prinzipien eine Entscheidung in Abwesenheit des betroffenen Staates getroffen werden so wie dies beim Ratstreffen in Prag im Jahre 1992 beschlossen worden sei. Zudem gäbe es den sogenannten „Moskauer Mechanismus“, der es einer kleineren Anzahl von Staaten erlaube zu agieren, um einen Einzelstaat für die Nichtbeachtung von OSZE-Missionen zur Verantwortung zu ziehen. Dieser Mechanismus sei jedoch noch nie zum Tragen gekommen. Natürlich gäbe es auch OSZE-Aktionen, die mit einem bestimmten Mandat ausgestattet seien. Er wolle hier besonders die Arbeit des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, **Max van der Stoep**, hervorheben und habe auch die zu-

künftige Arbeit des Medienkoordinators, **Freimut Duve**, diesbezüglich im Blick.

Die subregionale Kooperation zwischen Staaten sei von zwei Seiten her zu betrachten. Zum einen werde die europäische Sicherheit immer unteilbarer. Eine einzelne Sicherheitsfrage sei immer in Verbindung mit der Sicherheit aller zu sehen. Auf der anderen Seite bildeten die neu entstehenden subregionalen Kooperationsstrukturen einen Beitrag zur gesamten europäischen Sicherheit. Die subregionale Zusammenarbeit trage deshalb dazu bei, gemeinsame Verantwortung zu erkennen. Dies setze zusätzliche politische Energie im Dienste lokaler Bedürfnisse frei. Auch sei nicht auszuschließen, daß subregionale Zusammenarbeit durch ihre unmittelbare Nähe zu Problemen effektive Frühwarnsysteme sowie Konfliktverhütungs- und Nachsorgemechanismen hervorbringen könne. Auch die „Partnerschaft für den Frieden“-Projekte der NATO seien eingebettet in subregionale Kooperationen. Zum Ende seiner Rede würdigte Herr **Geremek** den Einsatz des **Präsidenten Rupérez** und beglückwünschte ihn zu seiner Arbeit in den zurückliegenden Jahren.

In der anschließenden Fragerunde wurde ein breites Spektrum von Themen angesprochen. Ein **georgischer** Abgeordneter berichtete, daß es eine neue Woge ethnischer Säuberung in Abchasien gebe. Er frage sich, was der Sinn der Resolutionen sei, wenn sie nicht zu einer konkreten Lösung beitragen könnten. Der **amtierende Vorsitzende** entgegnete, daß die konkrete Umsetzung von Resolutionsinhalten tatsächlich oftmals schwierig sei. Er plädiere jedoch auch dafür, daß die Entschließungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zumindest von den eigenen Organisationen noch besser berücksichtigt werden müßten. Die schwedische Abgeordnete **Viola Furubjelke** wollte wissen, welche Rolle die NATO und die OSZE bei der Lösung des Kosovo-Konflikts spielen könnten und wie die persönliche Auffassung des amtierenden Vorsitzenden zu Verhandlungsmöglichkeiten in dieser Sache aussehe. Herr **Geremek** antwortete, daß die OSZE eine Organisation sei, die im Kosovo-Konflikt reagiert habe. Sie habe die Gewalt verurteilt und die Forderung gestellt, eine Beobachtermission einzusetzen. Des weiteren halte sie ständigen Kontakt zu allen beteiligten Stellen. Er persönlich sei der Auffassung, daß eine diplomatische Sprachregelung angesichts des Blutvergießens nicht als Errungenschaft angesehen werden könne. Deshalb werde die OSZE auch den ständigen Kontakt zur Kosovo-Kontaktgruppe und den Regierungsvertretern aufrechterhalten. Er hege die Hoffnung, daß die Gonzalez-Mission letztendlich akzeptiert werde und die Vereinbarungen zwischen Jelzin und Milosevic eingehalten würden. Ferner wünsche er sich, daß die nächsten Entscheidungen der Kontaktgruppe sowie der NATO den Friedensprozeß im Kosovo anstoßen würden. Der amtierende Vorsitzende fügte hinzu, daß der Vorschlag erörtert werde, dem Kosovo einen Sonderstatus innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien einzuräumen.

Ein **Vertreter Großbritanniens** erkundigte sich danach, wo die OSZE im Sinne der Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE tätig ge-

worden sei. Herr **Geremek** versicherte, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der täglichen Arbeit umzusetzen. Er sei jederzeit bereit, Fragen der Parlamentarier zu beantworten. Zudem sei Präsident Rupérez bei allen Troika-Sitzungen anwesend gewesen. Umgekehrt sei er als amtierender Vorsitzender sowohl in der Jahresversammlung als auch im Ständigen Ausschuß präsent. Die **Delegation der Russischen Föderation** erinnerte Herrn **Geremek** an sein beim Treffen des Ständigen Ausschusses in Wien gegebenes Versprechen, die Situation in Weißrußland aufzuklären. Der **amtierende Vorsitzende** äußerte Bedauern darüber, daß seit der Wiener Tagung keine Fortschritte zu verzeichnen seien und kein guter Wille anzutreffen sei. Im Gegensatz zu einem **Vertreter Armeniens** war der **amtierende Vorsitzende** der Auffassung, daß die OSZE durchaus Instrumente der präventiven Diplomatie besitze. Zu deren Umsetzung bedürfe es jedoch eines Minimums an gutem Willen. Nach den Wahlen in Aserbaidschan werde er Nagorni-Karabach bereisen. Es müsse gemeinsam nachgedacht werden, wie die parlamentarische Präsenz in Konfliktgebieten gesichert werden könne, um den Dialogprozeß voranzutreiben. Dies sei im übrigen eine der schwierigsten Aufgaben überhaupt in der Arbeit der OSZE. Er hoffe darüber hinaus, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE in Zukunft eine aktivere Rolle bei der Ausarbeitung der Europäischen Sicherheitscharta spielen könne. Es gelte neue Kooperationen für neue Herausforderungen zu finden. Andererseits gebe es sehr viele Konflikte, und die OSZE könne nicht alle aufgreifen. Wenn, wie im Zypern-Konflikt, beispielsweise die Vereinten Nationen schon aktiv seien, sei es nicht unbedingt erforderlich, daß sich die OSZE der gleichen Sache annehme. Die OSZE könne die Bedrohung eines OSZE-Mitgliedes durch ein anderes aber nicht dulden.

Der deutsche Abgeordnete **Heistermann** sprach die Frage ethnischer Minderheiten im OSZE-Gebiet an. Er frage sich, ob man dieses Problem durch Einräumung eines Sonderstatus lösen könne oder ob nicht ein Umdenken stattfinden müsse. Ost und West würden im nächsten Jahrhundert näher denn je zusammenleben. Deshalb sei für ihn die Frage ethnischer Minderheiten eine Frage, die auch auf die Tagesordnung der OSZE gesetzt werden müsse. Der amtierende Vorsitzende antwortete, daß die Frage der Behandlung von Minderheiten schon immer sehr wichtig gewesen sei. Es sei jedoch schwierig, die Rechte von Minderheiten, wie Identität und Selbstbestimmung, zu definieren. Eventuell könne sich ein spezielles Seminar mit diesem Thema in Zukunft befassen.

IV. OSZE-Diskussionsrunde und Seminar

Im Anschluß an die Rede des amtierenden Vorsitzenden der OSZE fand eine OSZE-Diskussionsrunde mit Beiträgen von hochrangigen Vertretern der OSZE-Exekutive, nämlich OSZE-Generalsekretär **Giancarlo Aragona**, dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, **Max van der Stoel**, dem Be-

auftragten für Medienfreiheit der OSZE, **Freimut Duve**, dem Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, **Gérard Stoudmann** sowie dem Koordinator für ökologische und ökonomische Aktivitäten, **Thomas Price**, statt.

OSZE-Generalsekretär Aragona ging zunächst auf die immer wieder vorgebrachte Forderung der Mitgliedstaaten ein, daß die OSZE flexibel und unbürokratisch arbeiten solle. Die Grenze zwischen Flexibilität auf der einen und institutioneller Schwäche auf der anderen Seite sei sehr dünn. Nach den Beschlüssen des Kopenhagener Ministerratstreffens sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die sich mit Empfehlungen zur möglichen Umstrukturierung des OSZE-Sekretariates befaßt habe. Vorgeschlagen worden sei, das Sekretariat in zwei Bereiche zu unterteilen. Der eine Bereich umfasse administrativ-operative Tätigkeiten. Der andere Bereich solle für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zuständig sein. Diese klare Aufteilung der Aufgaben stelle seines Erachtens eine signifikante Verbesserung sowie eine Ermutigung zu einem projektorientierten Ansatz dar. Ein anderer Aspekt, der in den Resolutionen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE aufgegriffen werde, sei das Bedürfnis einer verstärkten Kooperation mit anderen internationalen Organisationen. Dies sei eine Initiative, die auch die exekutive OSZE voll unterstütze. Die Idee der Entwicklung einer OSZE-Akademie bzw. eines Institutes für kooperative Sicherheit finde er sehr interessant. Zur Zeit versuche die exekutive OSZE Wege zu entdecken, das Internet zur Entwicklung eines OSZE-Akademiker-Netzwerkes zu nutzen. Die Ergebnisse dieser Jahresversammlung würden im Ständigen Rat der OSZE diskutiert werden. Entweder werde es eine Sondersitzung geben oder aber ein wichtiger Teil einer Sitzung den Ergebnissen gewidmet werden. Man werde die hier angesprochenen Themen aufgreifen und weiterverfolgen. Am 16. Juli 1998 finde in Wien auf Ebene der politischen Direktoren der Troika eine Sitzung statt. Hierzu seien auch der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie Herr **van der Stoel**, Herr **Duve** und Herr **Stoudmann** eingeladen.

Der **Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)**, **Max van der Stoel**, berichtete von seinen Aktivitäten seit der Sechsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Er habe sich beispielsweise mit ethnischen Minderheiten in Kroatien und Lettland befaßt, versucht, Konflikte abzubauen und zur Lösung von Problemen beizutragen. Der Dialog werde in einzelnen Staaten leider nicht immer voll ausgeschöpft. Es zeige sich immer wieder, daß die ethnische Verständigung der Durchsetzung praktischer Vorschläge bedürfe. Hierbei sei der Grundsatz der Gleichberechtigung von ausschlaggebender Bedeutung. Leider gebe es jedoch immer wieder extreme Elemente, die sich der Umsetzung praktikabler Vorschläge widersetzen. Dies führe zu weiteren Spannungen und Schwierigkeiten. Deshalb gelte es, diesen ultranationalen Kräften entgegenzuwirken.

Der Anfang 1989 neu ernannte Beauftragte für Medienfreiheit der OSZE, **Freimut Duve**, stellte sein

neues Amt vor. Bislang arbeite er mit drei Personen zusammen, das Personal werde aber letztendlich 4–6 Personen umfassen. Er fügte hinzu, daß ohne notwendige finanzielle Mittel keine Handlungsmöglichkeit bestehe. Deshalb hoffe er auf weitere Unterstützung. Es sei sein Wunsch, daß eine Verständigung über die Begriffe „Verantwortung“ und „Freiheit“ stattfinde. Auch die Entwicklung der Medien in der westlichen Hemisphäre dürfe hierbei nicht ausgeschlossen werden. Er berichtete von den vier Aspekten seiner Arbeit. Zum einen nannte er den Beispielsfall eines ermordeten Fotografen in Istanbul. Er versuche immer, die Angehörigen getöteter Journalisten persönlich aufzusuchen. Erschreckenderweise zeichne sich eine zunehmende Tendenz einer Zensur durch Tötung ab. Der zweite Aspekt, mit dem er sich beschäftige, sei die indirekte Unterdrückung der freien Medien beispielsweise in Weißrußland oder Kroatien. Ferner gäbe es eine Instrumentalisierung der Medien in der Politik beispielsweise durch sogenannte „Haßreden“ zu beobachten. Als letzten Punkt seiner Ausführungen nannte er das Problem der direkten Zensurmaßnahmen beispielsweise durch das Parlament eines Staates.

Der **Koordinator für ökologische und wirtschaftliche Aktivitäten der OSZE, Thomas Price**, rief in das Bewußtsein, daß es einen Zusammenhang zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Fragen in der OSZE-Region gebe.

V. Verleihung des „OSZE-Preises für Journalismus und Demokratie“

Einleitend erinnerte der **Präsident** der Parlamentarischen Versammlung der OSZE daran, daß der „OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie“ im Rahmen der Fünften Jahrestagung der Versammlung im Jahre 1996 in Stockholm erstmalig verliehen worden sei, und zwar an den polnischen Journalisten und Schriftsteller **Adam Michnik**. Im Jahre 1997 seien die „Reporter ohne Grenzen“ Preisträger gewesen. Das frühere Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Freimut Duve**, sei zum Zeitpunkt der Schaffung des Preises im Vorsitz des Preisverleihungskomitees gewesen und habe zwei Geldgeber finden können. Dies seien der Bertelsmann-Verlag auf deutscher Seite sowie eine norwegische und kanadische Verlagsgruppe. Diesen wolle er an dieser Stelle herzlich danken. Sie seien es, die auch in diesem Jahr die Vergabe des Preises ermöglicht hätten.

Der deutsche Abgeordnete **Prof. Gert Weisskirchen** stellte das Werk des diesjährigen Preisträgers, des britischen Historikers **Timothy Garton Ash**, zusammenfassend dar. Herr Ash habe die politische Situation in Ost-Berlin, Warschau, Prag und Moskau behandelt. Er sei sozusagen eingetaucht in die Sinfonien des Umbruchs. Die Leidenschaft der Ausgeschlossenen habe ihn ins Herz getroffen. Timothy Garton Ash habe in seinen Werken die Verantwortung der Historiker und Journalisten, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, dargestellt. Nur wenige westeuropäische Journalisten hätten so verant-

wortungsbewußt wie er den Begriff der Verantwortung beschrieben.

Im Anschluß daran richtete der dänische Parlamentspräsident **Ivar Hansen** das Wort an die Parlamentarische Versammlung der OSZE. In der heutigen Zeit hingen Journalismus und Demokratie mehr denn je voneinander ab. Der kritische Journalismus wirke aufhellend. Guter Journalismus, wie der, den der aktuelle Preisträger repräsentiere, vertrete nicht irgendwelche Obrigkeiten, sondern die Bürger.

Nach Übergabe des Preises an **Timothy Garton Ash** bedankte sich dieser insbesondere bei der polnischen Delegation, die ihn als Preisträger vorgeschlagen habe. Des weiteren wolle er ganz ausdrücklich **Prof. Weisskirchen** und **Freimut Duve** danken. Polen sei sein zweites Heimatland geworden, und auch Deutschland habe eine entscheidende Rolle in seinem Werk gespielt. Gerade über den OSZE-Preis freue er sich sehr, da die KSZE bzw. OSZE diejenige Organisation gewesen sei, die Menschenrechte als eine der ersten Institutionen auf die Tagesordnung gesetzt habe. Der polnische Journalist **Adam Michnik** sei zu Recht derjenige gewesen, der als erster diese Auszeichnung erhalten habe. Er erinnerte daran, welche Bedeutung der Prager Zeitung „Das freie Wort“ im Jahr 1998 zugekommen sei. Zeitungen seien oft ebenso wichtig wie politische Parteien und manchmal langlebiger als diese. Das serbische Fernsehen sei ein Beleg dafür, daß nicht nur Journalismus und Demokratie oftmals in Verbindung stünden, sondern daß es auch geschehen könne, daß Journalismus und Diktatur eine Symbiose eingingen. Er wolle jedoch noch einmal hervorheben, wie wichtig all diejenigen seien, die aus Schützengräben und Konfliktzonen berichteten. Deshalb wolle er den Preis als Aufforderung und Ermutigung für alle kritischen Journalisten entgegennehmen.

VI. Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte am 8. und 9. Juli 1998 unter Vorsitz des britischen Abgeordneten **Bruce George**. Er befaßte sich bei seinen Beratungen eingehend mit dem vom amerikanischen Abgeordneten **Alcee Hastings** vorgelegten Bericht zum Thema „Die Entwicklung der Strukturen, Institutionen und Perspektiven der OSZE“. Dieser Bericht geht davon aus, daß die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu den Daueraufgaben der OSZE gehören müsse. Zu diesem Zweck sei es weniger erforderlich, neue Institutionen und Strukturen zu schaffen, als vielmehr die bestehenden OSZE-Instrumente und -Ressourcen im Sinne größerer Effizienz weiterzuentwickeln. Hierzu werden eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Zum einen sei eine Stärkung der Koordinierungsfunktion der OSZE in Krisensituationen in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen erforderlich. Darüber hinaus sollten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE nur noch dann, wenn solche Treffen erforderlich und Beschlüsse auf höchster politischer Ebene wirklich

nötig seien, stattfinden. Überprüfungskonferenzen sollten nur noch dann anberaumt werden, wenn ausführliche Implementierungsdebatten möglich seien. Ferner solle das Sekretariat der OSZE wirksamer ausgestaltet werden. Ein weiterer Punkt solle die Einbeziehung des Sachverständigen von OSZE-Parlamentariern für Schulungsprogramme in Zentralasien sowie bei der Durchführung von Seminaren und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms für koordinierte Unterstützung sein. Des Weiteren sollten Regeln für die Einstellung von Missionspersonal für OSZE-Missionen eingeführt werden. Genauso wichtig sei die Erarbeitung von Richtlinien für die Beendigung von OSZE-Missionen. Überprüft werden sollten auch die bestehenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), um sie dem heutigen Sicherheitsumfeld in Europa besser anzupassen. Eine Vertiefung der Kontakte zwischen den OSZE-Institutionen und Nichtregierungsorganisationen wird ebenfalls empfohlen. Schließlich wird die Schaffung eines Netzes von Forschungseinrichtungen in Form einer OSZE-Akademie oder eines OSZE-Instituts für kooperative Sicherheit erwogen.

Der **Berichtersteller Hastings** griff in einer kurzen Präsentation einige Punkte seines Berichtes und des ebenfalls von ihm erstellten Resolutionsentwurfes heraus. Angesichts der Themengebungen für die diesjährige Jahresversammlung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gelte es zunächst, sich einen Überblick über die Entwicklung und Funktionen der einzelnen Institutionen zu verschaffen. Die OSZE näherte sich dem 30. Jahrestag ihrer Gründung. Deshalb empfehle es sich, über ihre Arbeit nachzudenken und einige Werkzeuge gegebenenfalls zu verfeinern. Er sei besorgt über diejenigen Teilnehmerstaaten, die versuchten, die Überwachung der Implementierung von OSZE-Resolutionen auf OSZE-Institutionen abzuwälzen. Es sei wichtig, daß die Verletzung von OSZE-Prinzipien vor Ort verfolgt werde. Zudem sei es erforderlich, die vorhandenen Institutionen und Strukturen noch sorgfältiger aufeinander abzustimmen.

In der anschließenden allgemeinen Aussprache äußerte **Vizepräsident Willy Wimmer** seine Freude über die Teilnahme einer besonders großen amerikanischen Delegation an der Siebten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Jeder habe sich schon darüber beklagt, daß der OSZE neben den anderen Organisationen nicht das Gewicht zukomme, daß sich die Parlamentarische Versammlung der OSZE wünsche. Oftmals beschäftige sich die OSZE nicht mit neuen Entwicklungen, sondern richte nur den Blick Richtung Osten. Sie habe Scheu, sich der transkontinentalen Sicherheit anzunehmen. Dies gehe leider auf Kosten der asiatischen Mitgliedstaaten. Deshalb solle man nicht nur die Aktivitäten anderer Organisationen loben, sondern auch selbst tätig werden. Schließlich sei die gemeinsame Sicherheit aller OSZE-Mitgliedsländer das anzustrebende Ziel.

Ein **französischer** Delegierter erklärte, daß die OSZE es manchmal schwer habe, sich in der internationalen Gemeinschaft Gehör zu verschaffen. Dennoch

bleibe es weiterhin ihre Aufgabe, sich in den verschiedenen aktuellen Konflikten für die Wiederherstellung des Friedens einzusetzen. Auch wenn die NATO-Osterweiterung unausweichlich sei, habe die OSZE ihre eigene Rolle als Wiederaufbaunetz durch ihre friedensstiftenden Missionen. Sie könne materielle, technische und menschliche Hilfe zur Verfügung stellen. Die von der OSZE wahrgenommenen Aufgaben seien oft wenig spektakulär und dankbar. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE solle deshalb dazu beitragen, daß die Arbeit der OSZE einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werde. Der zypriotische Abgeordnete **Lillikas** äußerte die Ansicht, daß die OSZE nur dann glaubwürdig sei, wenn sie ihr eigenes Instrumentarium ständig überprüfe. Die OSZE sei ein wichtiger Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Wenn die OSZE sage, sie könne im Zypern-Konflikt nicht handeln, weil die Vereinten Nationen dafür zuständig seien, so sei dies ein Beweis dafür, daß die Organisation ihre eigenen Prinzipien nicht beachte. Das Verhalten der Türkei sei nicht zu akzeptieren, so daß er die OSZE auffordere, ihre Motive zu überprüfen. Der italienische Abgeordnete **Duva** war der Auffassung, daß der Tendenz entgegengewirkt werden müsse, die OSZE als bloßen Debattierclub zu nutzen. Er teile einige Überlegungen des Berichterstatters nicht, beispielsweise diejenigen, die den Schiedsgerichtshof betreffen. Seiner Ansicht nach sei es besser, dazu aufzurufen, den Schiedsgerichtshof mehr zu nutzen als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Die Wahlbeobachtungen seien zudem ein wichtiges Instrument der Versammlung, das weiter ausgebaut werden sollte. Der französische Abgeordnete **De la Malene** stimmte den italienischen Ausführungen zum Gerichtshof zu. Den Gerichtshof könnten nur diejenigen Staaten anrufen, die das Abkommen auch ratifiziert hätten. Deshalb rufe er diejenigen Staaten, die dies bislang nicht getan hätten, dazu auf, dies in Kürze nachzuholen. Auch andere Gerichtshöfe hätten eine lange Anlaufzeit gebraucht. Er schlage vor, Aufklärungsarbeit dahingehend zu leisten, daß über die Modalitäten der Anrufung und Zuständigkeiten des Schiedsgerichtshofes besser unterrichtet werde. Der armenische Abgeordnete **Igityan** kritisierte, daß die OSZE verschiedene Konflikte unterschiedlich handhabte. So werde beispielsweise der Konflikt in Nagorni-Karabach im Gegensatz zum Kosovo-Konflikt oftmals außen vor gelassen. Wenn man sich jedoch schon auf OSZE-Kriterien verständigt habe, solle man diese auch einheitlich anwenden. Diejenigen, die die Prinzipien verletzen, müßten wissen, welche Konsequenzen ihr Verhalten nach sich zöge. Ein Mitglied der **spanischen** Delegation äußerte, daß die Welt entmilitarisiert werden müsse. Es gelte stärker am Sicherheitskonzept für die heutige Zeit zu arbeiten. Er schlage vor, eine kleine, gut funktionierende Polizeieingreiftruppe zu schaffen. Manchmal müsse man sich in der heutigen Zeit die Frage stellen, wie vehement Menschenrechte verletzt werden müßten, um ein Eingreifen notwendig zu machen. Weshalb beispielsweise greife man im Kosovo ein und nicht in Algerien? Es müsse ein Ende der Unaufrichtigkeit geben. Auch in der Türkei gelte es, die Menschenrechte besser zu beachten. Wenn man eine Intervention beschließe, müsse es in den Vereinten

Nationen geschehen. Dies sei im Gegensatz zur NATO der diplomatische Weg. Wenn man die Effizienz der OSZE steigern wolle, so müsse man ein interkontinentales Sicherheitssystem schaffen. Ein Vertreter des **Vereinigten Königreiches** sah beim Einschlagen extremer Richtungen die Gefahr, sich selbst ins Aus zu manövrieren. Genauso würden widersprüchliche Änderungsanträge die Gefahr in sich bergen, daß die letztendlich verabschiedeten Resolutionen nicht durchgehend konsequent seien. Die OSZE könne nicht alle Probleme lösen. Sie könne auch nicht andere Organisationen ersetzen. Daher gelte es, „das richtige Pferd für die richtige Aufgabe auszuwählen“. Der weißrussische Abgeordnete **Lyabedzka** berichtete, daß die Situation in Weißrußland zur Zeit so sei wie früher in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, d. h. das tägliche Leben werde beherrscht von Geheimdienst, Polizei und Militär. Sein Volk sei dem Genozid unterworfen. Er befürchte zudem, daß Lukaschenkas Politik sozusagen ein Exportartikel im postsowjetischen Raum sei, auch wenn nur fünf Prozent der Bevölkerung ihn befürworteten. Dies würde eine Gefahr für ganz Europa darstellen. Deshalb begrüße er ganz ausdrücklich die geplante neue OSZE-Mission in Weißrußland. Die schwedische Abgeordnete **Wegestal** verwies auf die beim Parlamentarierinnentreffen verabschiedete Resolution zur Stärkung der Rolle der Frau in der OSZE. Die schwedische Delegation werde sich gemäß der OSZE-Initiative für die Einrichtung einer Anlaufstelle für Frauenfragen stark machen. Außerdem solle man die Empfehlungen des Parlamentarierinnentreffens bei der Zusammensetzung von Teams und der Rekrutierung des Missionspersonals beachten.

Präsident Rupérez legte als Berichterstatter der Kosovo-Resolution diejenigen Gründe dar, die ihn zum Entwurf dieser Resolution veranlaßt hätten. Die Achtung der Menschenrechte sei die beste Voraussetzung für die Erhaltung oder Wiedererlangung des Friedens. Dementsprechend solle auch der Kosovo seine Autonomie wieder erhalten. Der Verzicht auf Gewalt sei ein Grundprinzip der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Es gehe nicht darum, Jugoslawien aufzuteilen, sondern einen autonomen Status für den Kosovo innerhalb der Grenzen Jugoslawiens zu schaffen. Im Gegensatz zum früheren Konflikt im ehemaligen Jugoslawien gelte es jetzt rechtzeitig Präsenz zu zeigen. Neben einer fünfköpfigen Abgeordnetendelegation aus der Bundesrepublik Jugoslawien, die die Debatte beobachtete, war auch ein Vertreter des Infozentrums Kosovo anwesend, da Präsident Rugova selbst nicht in der Lage war, teilzunehmen.

Der Vorsitzende verlas die Erklärung der Kontaktgruppe vom 8. Juli 1998. Er fügte hinzu, daß die Situation sich seitdem weiter verschlechtert habe. Die Hauptverantwortung dafür liege bei der Regierung in Belgrad, aber auch die bewaffneten Kosovo-Albaner seien verantwortlich für die Gewaltanwendung. Der Einsatz von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele sei zu verurteilen. Der Vertreter des Infozentrums Kosovo, Herr **Riza Nikqi**, überbrachte Grüße von Herrn Rugova, dem es leider persönlich nicht möglich gewesen sei, an der Jahresversammlung der

Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilzunehmen. Er erinnerte an die geschichtliche Entwicklung, daß der Kosovo seit 1989 achte Provinz Jugoslawiens gewesen sei. 1991 hätten über 80 Prozent der Bewohner des Kosovo für dessen Unabhängigkeit gestimmt. Aus den ersten freien Wahlen sei dann Herr Rugova als Präsident hervorgegangen. Nun gebe es einen gewaltsamen Konflikt im Kosovo, der zu einer Vielzahl von Todesopfern geführt habe. Die Hälfte der Getöteten seien Frauen, Kinder und alte Menschen. Zudem seien viele andere auf der Flucht. Es sei der Wunsch von Präsident Rugova, eine internationale Präsenz bei Dialogen mit Belgrad zu gewährleisten. Ein Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft sei erforderlich, um der menschlichen Tragödie ein Ende zu bereiten. Er fordere alle auf, sich für eine friedliche Lösung einzusetzen. Der russische Abgeordnete **Zhirinovski** fragte seinen Vorredner, wen er denn tatsächlich vertrete. Soweit er wisse, besitze er nicht einmal die Staatsangehörigkeit Jugoslawiens, sondern sei dänischer Staatsbürger. Der **Vorsitzende** entgegnete, daß Präsident Rugova den Vertreter des Informationszentrums Kosovo entsandt habe, ihm sei es deshalb egal, welche Staatsbürgerschaft der Redner besitze. Herr **Nikqi** versicherte daraufhin, er repräsentiere den Präsidenten der Republik Kosovo. Auf Nachfrage eines **bulgarischen** Abgeordneten antwortete er, daß die Inaussichtstellung eines Einsatzes der NATO durchaus erwünscht sei. Auf Nachfrage eines **kanadischen** Abgeordneten antwortete der Vertreter Rugovas, der Kosovo sei schon immer unabhängig gewesen, deshalb sei es auch die Forderung seiner Gruppe, daß der Kosovo ein unabhängiger Staat werde. Auf Nachfrage eines **französischen** Abgeordneten erklärte er, daß die Befreiungsorganisation UCK als Reaktion auf die serbische Gewalt entstanden sei. Präsident Rugova bevorzuge hingegen eine friedliche Lösung. Ein **ungarischer** Abgeordneter kritisierte, daß nur einige Parteien im Verhandlungsteam des Präsidenten Rugova vertreten seien, andere hingegen nicht. Deshalb gebe es keine einheitliche albanische Stimme, die mit Belgrad verhandeln könne. Er rief dazu auf, daß die OSZE eine entscheidende Rolle in diesem Konflikt spielen solle. Der **Berichterstatter des Europarates** informierte die Anwesenden darüber, daß er Kontakte mit allen Konfliktparteien gehabt habe. Es bedürfe einer Geschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft, um den Konflikt zu lösen, und die OSZE-Erklärung müsse dies zum Ausdruck bringen. Eine langfristige Lösung des Kosovo-Konflikts könne nur durch eine Förderung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes gewährleistet werden. Der belgische Abgeordnete **Swaelen** brachte seine Unterstützung für die von Präsident Rupérez vorgelegte Resolution zum Ausdruck. Seines Erachtens komme die Erklärung der Kontaktgruppe zu spät. Der Kosovo-Konflikt stelle eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in ganz Europa dar. Deshalb müsse die Durchsetzung eines Waffenstillstandes in der internationalen Völkergemeinschaft höchste Priorität genießen. Ein **griechischer** Abgeordneter betonte, daß sein Land an den Konfliktherd Kosovo angrenze. Auch sei Griechenland ein früheres Mitglied der Ministergruppe gewesen, die sich mit Bosnien-Herzegowina befaßt habe. Die Pflicht der

Parlamentarischen Versammlung der OSZE sei es zu verhindern, daß Konflikte sich ausbreiten. Wenn man jedoch beginne, Grenzen auf dem Balkan in Frage zu stellen, so wisse man nicht, wohin dies führe. Der französische Abgeordnete **Voisin** merkte an, daß sich alle bewußt seien, wie ernsthaft die Lage im Kosovo sei. Es bestehe die Gefahr, daß eine ganze Region in Flammen aufgehe. Ein Großalbanien stehe nicht zur Diskussion. Diesbezüglich sei der vorliegende Entwurf der Kosovo-Resolution diplomatisch ausgewogen. Er befürworte ein Tätigwerden nur auf der Grundlage eines UN-Beschlusses. Ein Vertreter der **Russischen Föderation** meinte, daß es kein Zufall sei, daß es 22 Änderungsanträge zur Kosovo-Entscheidung gebe. Sie entspreche nicht der Erklärung der Kontaktgruppe und auch nicht mehr der aktuellen Lage. Die OSZE sei eine Organisation der Zusammenarbeit, die die Nichtanwendung von Gewalt befürworte. Die Befreiungsarmee UCK sei jedoch terroristisch und gefährlich. Er forderte schließlich auf, Vernunft an den Tag zu legen und die Resolution eingehend zu überarbeiten. **Vizepräsident Wimmer** war hingegen der Auffassung, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE gut beraten sei, eine Resolution zur Abstimmung zu stellen, die die Ergebnisse der Kontaktgruppe berücksichtige. Es gelte keine Extrempositionen zu vertreten. Dies seien zum einen die Forderung des Kosovo nach Schaffung eines unabhängigen Staates und zum anderen die Haltung der Belgrader Behörden, alles so zu belassen, wie es sei. Schon während der Sitzung des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im April diesen Jahres in Madrid habe er vehement auf die Notwendigkeit der Verabschiedung einer Resolution zum Kosovo hingewiesen. Seines Erachtens hätte die Parlamentarische Versammlung der OSZE sich früher zu einer derartigen Resolution durchdringen müssen. Sachlich sei er der Auffassung, daß die Anbindung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an die NATO nicht zu eng sein dürfe. Es sei erforderlich, daß auch die NATO warte, bis die Vereinten Nationen eine Entscheidung gefällt hätten.

Im Anschluß an die Debatte befaßten sich die Ausschußmitglieder mit 66 vorgelegten Änderungsanträgen zum Entschließungsentwurf des Berichterstatters. Dabei fanden die meisten der von den Mitgliedern der deutschen Delegation eingebrachten Änderungsanträge die Zustimmung der Mehrheit der Ausschußmitglieder. Abgeordnete **Katrin Fuchs** vertrat die von ihr initiierten Änderungsanträge, die den ursprünglichen Resolutionsentwurf in mehrfacher Hinsicht ergänzten, so z. B. um den Appell an alle Mitgliedsländer, aktiv an der Entwicklung der Organisation im ganzen OSZE-Gebiet mitzuwirken. Ferner wurde auf deutsche Initiative der Aufruf an alle Sicherheitsorganisationen zur Ausdehnung und Intensivierung ihrer Zusammenarbeit aufgenommen sowie der Aufruf an die Mitgliedstaaten zur Verstärkung einer konstruktiven und ergebnisorientierten Verständigung über die Sicherheitscharta. Auf Vorschlag des Abgeordneten **Prof. Gert Weisskirchen** wurde der Resolutionsentwurf um einen Paragraphen ergänzt, in dem die OSZE aufgefordert wird, das Mandat ihrer OSZE-Mission in Grosny auszuweiten, einschließlich humanitärer Hilfsleistungen, um

eine zivile Infrastruktur und Antipersonenminen-Suchprogramme aufzubauen. Der von den Ausschußmitgliedern letztlich verabschiedete Entschließungstext, der verglichen mit dem Entwurf des Berichterstatters zahlreiche Ergänzungen und Änderungen beinhaltet, hat als Kapitel 1 Eingang in die Erklärung von Kopenhagen gefunden (siehe Anhang S. 22).

Am Ende der Sitzung bestätigten die Mitglieder des Ausschusses den bisherigen Vorsitzenden **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) für ein weiteres Jahr in seinem Amt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde der finnische Abgeordnete **Kinno Kiljunen** sowie der amerikanische Abgeordnete **Alcee Hastings** als Berichterstatter wiedergewählt.

VII. Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Sitzungen des allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt fanden am 8. und 9. Juli 1998 unter Vorsitz des französischen Abgeordneten **Jacques Floch** statt. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen der Bericht und Resolutionsentwurf von Frau **Tana De Zulueta** (Italien) über „die Entwicklung der Strukturen, Institutionen und Perspektiven der OSZE“, der Bericht und Resolutionsentwurf von Frau **Prof. Dr. Rita Süßmuth** (Deutschland) über eine „OSZE-Wirtschaftscharta“ sowie die Wahl des Vorstandes des Ausschusses.

Zunächst stellte Frau **De Zulueta** ihren Bericht und ihren Resolutionsentwurf vor, der sich schwerpunktmäßig mit der Zusammenarbeit der exekutiven und parlamentarischen OSZE im Bereich der wirtschaftlichen Dimension, der Stellung und den Aufgaben des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, mit der organisierten Kriminalität und der Arbeitslosigkeit befaßte. Sie forderte die OSZE-Institutionen auf, die Sicherheitsrisiken aufzuzeigen, die aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen entstehen und deren Ursachen und mögliche Auswirkungen auf die Sicherheit zu erörtern. Im Zusammenhang damit empfahl sie konkrete Maßnahmen zur Einführung eines Frühwarnsystems sozialer und wirtschaftlicher Indikatoren mit unmittelbarem Sicherheitsbezug.

Ausführlich befaßte sie sich mit der neu geschaffenen Institution des Koordinators für ökonomische und ökologische Angelegenheiten der OSZE, dem sie eine Berichtspflicht dem Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gegenüber auferlegen möchte. Sie forderte von allen OSZE-Institutionen eine stärkere Berücksichtigung der Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung, welche diese im Bereich der wirtschaftlichen Dimension entfaltet hat, z. B. durch das Projekt einer OSZE-Wirtschaftscharta. In diesem Sinne empfahl sie den OSZE-Institutionen und der Parlamentarischen Versammlung eine Diskussion über die Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf die gesamte Sicherheit.

Das Thema „International organisierte Kriminalität“ nahm in Bericht und Resolutionsentwürfen einen breiten Raum ein. Die von der organisierten Kriminalität ausgehenden speziellen Risiken und Gefahren wurden von Frau **De Zulueta** als Indikatoren für aus ökonomischen und ökologischen Gegebenheiten entstehende Gefahren mit Sicherheitsbezug gewertet. In diesem Zusammenhang forderte sie eine enge Zusammenarbeit der einschlägigen OSZE-Institutionen mit anderen internationalen und subregionalen Organisationen.

Im einzelnen gliederte sich ihr Bericht in vier Teile: Im ersten Kapitel gab sie einen Überblick über die Institutionen, Strukturen und Mechanismen der OSZE, wie das OSZE-Wirtschaftsforum, den Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, OSZE-Missionen sowie Seminare und Konferenzen.

Im zweiten Kapitel widmete sie sich den Fragen der Implementierung der Grundsatzdokumente der OSZE sowie den Treffen des Wirtschaftsforums und den Resolutionen der Parlamentarischen Versammlung.

Im dritten Kapitel zog sie Schlußfolgerungen aus den vorangegangenen Einsichten. Sie sah insbesondere das Lissaboner Dokument der Staats- und Regierungschefs aus dem Jahre 1996 als Rahmen für alle OSZE-Aktivitäten auch und gerade im wirtschaftlichen Bereich an. Sie sprach sich für die Entwicklung eines regionalen Lösungsansatzes auch im Bereich der wirtschaftlichen Dimension aus, der insbesondere auch Umweltbelange zu berücksichtigen habe.

Im vierten Kapitel schließlich schlug sie als konkrete Schwerpunktthemen im Bereich der wirtschaftlichen Dimension in der OSZE den Bereich Arbeitsplätze und die Entwicklung der Marktwirtschaft, den Bereich Kriminalität und Sicherheit sowie den Problembereich der Energie vor.

Die Diskussion bestätigte zunächst die Schwerpunkte in Bericht und Resolutionsentwurf und brachte darüber hinaus Vertiefungen und Erweiterungen in mehreren Bereichen.

So thematisierte ein Mitglied der **türkischen** Delegation den Zusammenhang zwischen Energie und Sicherheit. Nach seiner Auffassung habe die Energiepolitik erhebliche Implikationen für die sicherheitspolitische Lage. Er hob besonders die Brückenfunktion der Türkei für den Energietransport im Rahmen der OSZE hervor. Die finnische Parlamentspräsidentin **Uosukainen** stellte insbesondere auf den Zusammenhang zwischen Umweltfragen und der OSZE ab. Sie sah in dem subregionalen Ansatz der OSZE, den die Berichterstatterin auch für ihre konkreten Vorschläge gewählt habe, eine sinnvolle Vorgehensweise für die Berücksichtigung von Umweltfragen im sicherheitspolitischen Bereich. Ein weiteres Mitglied der **finnischen** Delegation hob auf die Bedeutung des Bildungswesens, der Wissenschaft und Technologie für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ab. Ein Mitglied der **zypriotischen** Delegation unterstrich die Bedeutung der wirtschaftlichen Dimension für das Konfliktpräventions-Instrumentarium der OSZE und stellte insbesondere die Berücksichtigung

ökologischer Interessen in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde besonders auf die von zwei geplanten türkischen Kernreaktoren ausgehenden Gefahren für die Region hingewiesen.

Ein Mitglied der **amerikanischen** Delegation befaßte sich vor allem mit der Wirtschafts- und Finanzkrise im südostasiatischen Raum. Daraus wurde die Konsequenz abgeleitet, aus dem in Südostasien abgelaufenen Krisenszenario Empfehlungen zu erarbeiten, die es künftig erlauben, derartige Krisen präventiv zu vermeiden. Ein Mitglied der **britischen** Delegation hob deutlich hervor, daß sich die wirtschaftliche Dimension der OSZE darauf konzentrieren solle, auf Gefahren und Risiken aufmerksam zu machen, die die Sicherheit bedrohten. Themen wie die Auswirkungen der Energiepolitik auf das wirtschaftliche Geschehen sollten wegen ihrer Bedeutung von einem Ad hoc-Ausschuß des Wirtschaftsausschusses untersucht werden. Das Mitglied des Schweizer Ständerates **Dr. Onken** hob vor allem auf die frühwarnende Funktion der wirtschaftlichen Dimension ab. Wenn die wirtschaftliche Dimension im Bereich der OSZE eine sinnvolle Aufgabe erfüllen könne, dann sei es die, frühzeitig auf im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich verwurzelte Ursachen hinzuweisen, die sicherheitsrelevante Auswirkungen haben könnten. Die Parlamentarische Versammlung und ihr Wirtschaftsausschuß könnten sich insofern durch das Lissaboner Dokument aus dem Jahre 1996 voll bestätigt sehen. Ein Mitglied der **kanadischen** Delegation wies auf die besondere Abhängigkeit der Arbeitsplätze von Exporten hin. Im Zeitalter der Globalisierung habe jede wirtschaftliche Störung in einem Staat unweigerlich Auswirkungen auch auf andere Staaten. Ein Mitglied der **russischen** Delegation sprach sich vor allem für eine gleichberechtigte nichtdiskriminierende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den westlichen Ländern und den Transformationsländern aus. Dies sei für die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern von ungeheurer Bedeutung. Hohe Priorität komme in den Transformationsländern auch der Wirtschaftsberatung zu, weswegen der Bericht und Resolutionsentwurf des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE darauf besonders eingehen sollte.

Am Ende der Beratungen des Berichts und des Resolutionsentwurfs von Frau **De Zulueta** wurde der Resolutionsentwurf am 9. Juli 1998 einstimmig in der geänderten Fassung angenommen.

Erstmals nahm an einer Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auch der neu ernannte Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, der ehemalige amerikanische Botschafter **Thomas Price**, teil.

Die Einrichtung des Amtes des OSZE-Wirtschaftskordinators geht zurück auf einen entsprechenden Beschluß des 6. Treffens des Rates der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten am 18. und 19. Dezember 1997 in Kopenhagen. Die Schaffung dieser Institution ist in der Vergangenheit von der Parlamentari-

schen Versammlung der OSZE und ihrem Wirtschaftsausschuß immer wieder gefordert und nachdrücklich unterstützt worden.

Hauptaufgaben des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE sind:

- Verbindungen zu wichtigen internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen sowie auf dem Gebiet der Umweltpolitik tätigen Organisationen und zu wichtigen regionalen, subregionalen und grenzüberschreitenden Organisationen zu knüpfen,
- regelmäßige Konsultationen mit diesen Institutionen zu pflegen,
- Erfahrungen und *know-how* dieser Institutionen zu nutzen,
- diesen umgekehrt die einzigartige politische und Sicherheitsperspektive der OSZE anzubieten,
- mit diesen Institutionen vor allem unter dem Aspekt der Konfliktnachsorge zusammenzuarbeiten,
- die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Komponenten der OSZE-Missionen zu stärken,
- die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in den Bereichen zu vertiefen, die in seine Kompetenz fallen,
- die OSZE-Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft sowie Berufsvereinigungen und wichtigen Nichtregierungsorganisationen zu erweitern und
- ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, welches Planung und follow-up der Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums und den Beitrag der wirtschaftlichen Dimension zum europäischen Sicherheitsmodell beinhalten.

Der **OSZE-Wirtschaftskoordinator** wies zunächst auf Kommunikationsprobleme hin, die sowohl innerhalb der OSZE, als auch zwischen der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung und den anderen internationalen, auf dem Gebiet der Wirtschaft und Finanzen tätigen Organisationen bestünden. Hier wünschte er sich mit Hilfe des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eine Änderung. Zum zweiten warnte er davor, von ihm und seiner Institution zu viel zu erwarten. Trotz der gewaltigen Bedeutung des zweiten Korbs der OSZE verfüge er derzeit nur über einen kleinen Mitarbeiterstab, der aus einem irischen Diplomaten und einer österreichischen Sekretärin bestehe. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die OSZE bei und mit der Umsetzung ihrer Entscheidungen nicht immer konsequent gewesen sei, weder auf der Ebene der Regierungen noch auf der Ebene der Parlamente. Nach seiner Auffassung gehe es nicht darum, neue Texte zu entwerfen, sondern zunächst darum, die alten und vorhandenen Texte zu implementieren. Dabei sei es wichtig, die entsprechenden Instrumente sicherzustellen, damit die Umsetzung sinnvoll erreicht werden könne. Zum dritten wies er auf ein bedeutendes Dokument der gerade zu Ende gegangenen Ministerkonferenz in Aarhus (Dänemark) hin, zu deren Hauptergebnissen eine Konvention zur Ver-

ankerung der Rechte der Bürger auf Information über die Umwelt gehörte, in der sie lebten. Die Konvention sei nicht beschränkt auf die Mitgliedsländer der OSZE und stehe auch anderen Ländern offen.

Bezüglich der Diskussion im Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über den Bericht von Frau **De Zulueta** machte er darauf aufmerksam, daß es ihm hinsichtlich des Frühwarnsystems ganz konkret darauf ankomme, wie man die früh warnenden Stimmen und Signale aufnehmen und in Diplomatie umsetzen könne. Abschließend äußerte er den Wunsch, daß sich die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung und des Wirtschaftsausschusses mehr und besser in die Arbeit der OSZE einbringen mögen.

Einer Vereinbarung zwischen dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, **Javier Rupérez**, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Herrn **Jacques Floch**, und der Sonderberichterstatterin für das Projekt der OSZE-Wirtschaftscharta, Frau **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, entsprechend, wurden die Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf zur OSZE-Wirtschaftscharta ebenfalls im Wirtschaftsausschuß beraten.

In der Sitzung am 9. Juli 1998 stellte Frau **Prof. Dr. Rita Süßmuth** das Projekt und seinen Werdegang noch einmal kurz vor.

Die **Bundestagspräsidentin** hatte dieses Projekt erstmals in der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 12. und 13. Januar 1995 in Wien vorgeschlagen. Seit her war dieses Projekt in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE anhängig: In allen Sitzungen des Ständigen Ausschusses und in allen Sitzungen des Erweiterten Präsidiums wurde über den Fortgang an diesem Projekt berichtet. Der Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung hatte sich im Jahr 1996 in Stockholm und im Jahr 1997 in Warschau mit dem Projekt befaßt.

Eine Bestätigung hatte die Idee einer „OSZE-Wirtschaftscharta“ durch den Lissaboner Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 2. und 3. Dezember 1996 erfahren, der sich ausdrücklich und eindeutig für eine gebührende Entwicklung der OSZE-Aktivitäten im Zusammenhang mit sicherheitsrelevanten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen ausgesprochen hatte. Die OSZE solle sich verstärkt damit befassen, so die Staats- und Regierungschefs wörtlich, „Sicherheitsrisiken aufzuzeigen, die aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen entstehen, und deren Ursachen und mögliche Auswirkungen zu erörtern; sie sollte die einschlägigen internationalen Institutionen auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die von diesen Risiken herrührenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Mit diesem Ziel vor Augen sollte die OSZE eine engere Verbindung zu einander verstärkenden internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen eingehen, unter anderem durch regelmäßige Konsultationen auf geeigneter Ebene, die der Verbesserung der Fähigkeit dienen sollen, sicherheitsrelevante Auswirkungen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklun-

gen in einem frühen Stadium zu erkennen und abzuschätzen.“

Als Instrumentarium dafür, Sicherheitsrisiken „aufzuspüren“, bietet sich die Charta geradezu an. Die präventive Vermeidung von Spannungsursachen auf wirtschaftlichem Gebiet und „Sicherheit durch wirtschaftliche Zusammenarbeit“ waren von Anfang an eines der Hauptanliegen der „OSZE-Wirtschaftscharta“.

Die **Bundestagspräsidentin** erläuterte anschließend den Aufbau der OSZE-Wirtschaftscharta, die in einem ersten Kapitel eine Übereinkunft über an gemeinsamen Prinzipien orientierte Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der OSZE enthalte. Ein zweites Kapitel liefere Elemente für die Entwicklung starker und nach vorne gerichteter Wirtschaften. Ein drittes Kapitel sei der Verstärkung der regionalen Kooperation gewidmet, einem Anliegen, welches insbesondere der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, **Jacques Floch**, durch die Veranstaltung eines Seminars in Monaco im Jahre 1997, welches im Jahre 1999 in Nantes eine Fortsetzung finden werde, initiiert habe. Das abschließende Kapitel vier beschreibe die Instrumente der wirtschaftlichen Dimension der OSZE.

Die **Bundestagspräsidentin** unterstrich ausdrücklich, daß es mit dem Projekt nicht darum gehe, der OSZE eine Wirtschaftskompetenz zuzuschreiben, über die andere Organisationen und Institutionen in weitaus größerem Maße verfügten.

Zusammen mit dem sogenannten Monaco-Prozeß habe der Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit der OSZE-Wirtschaftscharta wichtige und wesentliche Bausteine zur europäischen Sicherheitscharta beigesteuert.

In der anschließenden Diskussion, an deren Ende die OSZE-Wirtschaftscharta bei einigen Enthaltungen von Delegierten der US-amerikanischen und kanadischen Delegation angenommen wurde, spielten insbesondere die Inländerbehandlung von Auslandsinvestitionen, die Betonung von Umweltgesichtspunkten und der ausgeprägte Wunsch nach einer eigenen Frühwarnkapazität der OSZE für den Fall wirtschaftlicher Krisen eine Rolle.

Am Ende der Sitzung wurde der Abg. **Jacques Floch** (Frankreich) wieder zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde Abg. **Jerahmiel Grafstein** (Kanada) und **Dr. Thomas Onken** (Schweiz) zum neuen Berichterstatter gewählt.

VIII. Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Die Sitzungen des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen fanden am 8. und 9. Juli 1998 unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Prof. Gert Weisskirchen** statt. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen Bericht und Resolutionsentwurf der Berichterstatterin **Guikje Roethof** (Niederlande) über die Entwicklung der Strukturen,

Institutionen und Perspektiven der OSZE. Als Gastredner waren der ehemalige Ausschußvorsitzende und jetzige Medienbeauftragte der OSZE, **Freimut Duve**, sowie die Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina, **Gret Haller**, eingeladen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erkundigte sich der britische Abgeordnete **Tom Cox**, ob trotz Ablehnung des Entschließungsantrags zu Akin Birdal durch den Ständigen Ausschuß Stellungnahmen zur Lage in der Türkei in der Beratung des Menschenrechtsausschusses zulässig seien. Der Ausschußvorsitzende erklärte, dies sei zulässig.

Bevor Abgeordnete **Guikje Roethof** ihren Bericht vorstellte, erinnerte sie daran, daß sie im letzten Jahr einen Bericht zur Rolle der Medien vorgelegt habe und dieser Bericht dazu geführt habe, daß der damalige Ausschußvorsitzende, **Freimut Duve**, seinen Ausschußvorsitz abgegeben habe, um das neugeschaffene Amt des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, in das er gewählt worden sei, zu übernehmen. Die Berichterstatterin nahm die Gelegenheit wahr, **Freimut Duve** zu seinem neuen Amt zu gratulieren.

Abgeordnete **Roethof** erklärte, daß auf Initiative des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, **Javier Rupérez**, die Berichterstatter aller allgemeinen Ausschüsse für diese Jahrestagung Berichte über die Strukturen, Institutionen und möglichen Reformen der OSZE vorgelegt hätten und sie diese Initiative, die darauf abziele, Doppelarbeit innerhalb der OSZE zu vermeiden, ausdrücklich begrüße. Ihrer Auffassung nach durchlaufe die OSZE zur Zeit einen Veränderungsprozeß und strebe nach einer neuen Identität. Die OSZE habe bei ihren Bemühungen um die Lösung innerstaatlicher Konflikte neue Wege in der Diplomatie aufgezeigt und beschritten. Die Verantwortung, die die Organisation trage, dürfe nicht an Landesgrenzen haltmachen. Sie habe in ihrem Bericht vorrangig die Aktivitäten der OSZE im Bereich des Menschenrechtsschutzes analysiert und dazu einen detaillierten Überblick über die Entwicklung des Menschenrechtsschutzes innerhalb der OSZE gegeben, angefangen bei ihrer Gründung als KSZE im Jahre 1975 und der Prägung des Begriffes der „menschlichen Dimension“, unter dem die Aktivitäten zusammengefaßt worden seien, die die KSZE im Rahmen der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der menschlichen Kontakte und anderer Fragen humanitärer Art“ durchführe, bis hin zur verstärkten Umsetzung dieser menschlichen Dimension, die in der Gipfelerklärung von Budapest im Jahre 1994 festgelegt worden sei. Die auf diesem Wege geschaffenen Rahmenbedingungen hätten zur Einrichtung entsprechender Strukturen, Institutionen und Mechanismen der OSZE geführt. Die Berichterstatterin wies vor allem auf die Bedeutung der OSZE-Missionen hin und erläuterte die Strukturen, die Entwicklung und die Aufgaben des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und des Büros des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM). Der Schutz der Menschenrechte spiele eine entscheidende Rolle für Frieden und Stabilität, wodurch die enge Verbindung zwischen dem ersten und dem dritten Korb der OSZE, d. h. zwischen der Konfliktlösung und dem Schutz

von Minderheiten deutlich würde. Abgeordnete **Roethof** unterstrich, daß die Exekutive der OSZE die Parlamentarische Versammlung nicht ignorieren könne. Sie verglich die OSZE in diesem Zusammenhang mit einem Tier, das zwei Köpfe, aber zu viele Beine hätte, um schnell laufen zu können. Die OSZE spiele aufgrund des Umstandes, daß sie sich über ein solch ausgedehntes Territorium erstreckte, eine besondere Rolle, und die Art der Unterstützung, die sie zu leisten in der Lage sei, sei dringend erforderlich – vor allem, wenn sie schnell geleistet werden könne. Vor diesem Hintergrund müsse man sich bemühen, die Regierungen davon zu überzeugen, ihren Worten mehr Taten folgen zu lassen, d. h. mehr Mittel für die Aktivitäten der OSZE bereitzustellen.

Nach dieser Einführung in den vorliegenden Bericht eröffnete Abgeordneter **Ulrich Irmner** die Aussprache mit dem Hinweis, daß man bei einer Analyse der Strukturen der OSZE damit beginnen müsse, die eigene Rolle, d. h. die der Parlamentarischen Versammlung, kritisch zu betrachten. Sowohl der Rhythmus von Jahrestagungen als auch anderweitige Verpflichtungen, durch die die Parlamentarier an der Teilnahme an einer Jahrestagung gehindert sein könnten, führten dazu, daß man den Kontakt zur Organisation verliere. Er führte an, daß es einer Organisation, die lediglich einmal jährlich zusammentrete, an Effizienz mangeln könnte. Die Beziehungen zwischen dem Ständigen Ausschuß und der Parlamentarischen Versammlung seien ebenfalls problematisch, da ersterer darüber entscheiden könne, ob die Versammlung ein Thema behandle oder nicht. Es stelle sich nun die Frage, wie man die Effizienz der Parlamentarischen Versammlung stärken könne? Positiv sei auf jeden Fall zu bewerten, daß die OSZE in den nationalen Parlamenten eine wichtige Rolle spiele – im Deutschen Bundestag fänden z. B. zwischen vier und sechs Debatten jährlich über die OSZE statt. Man müsse darauf hinwirken, den Unterschied zur NATO klar herauszustellen. Die OSZE sei eine regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, und man könne in Erwägung ziehen, die Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf die OSZE zu übertragen, wobei Beschlüsse betreffend Zwangsmaßnahmen weiterhin im Zuständigkeitsbereich des Sicherheitsrates bleiben sollten. Sollte die OSZE der Auffassung sein, daß ein regionaler Konflikt nur mit militärischen Mitteln gelöst werden könne, sollte sie auch in Zukunft den Sicherheitsrat benachrichtigen. Seiner Ansicht nach müsse der regionale Aspekt der OSZE hervorgehoben und ihre Rolle als Nichtverteidigungsorganisation gestärkt werden. Die **Berichterstatterin** stimmte Herrn Irmner dahin gehend zu, daß die jährlichen Tagungen möglicherweise nicht allzu effektiv seien; die Feldmissionen und die Kontakte zu den nationalen Parlamenten seien es jedoch um so mehr. Der zyprische Abgeordnete **Kyprianou** erklärte zum Aspekt des Menschenrechtsschutzes durch die OSZE, daß er der von der Berichterstatterin in ihrem Bericht hergestellten Verbindung zwischen dem Schutz der Menschenrechte und der Stabilität in einer Region zustimme. Er wies jedoch darauf hin, wie schwierig es sei, den Schutz der Menschenrechte mit der Achtung der territorialen Integrität und der

Unverletzbarkeit von Grenzen in Einklang zu bringen, d. h. oftmals stünden die Menschenrechte gegen eine separatistische Bewegung. Darüber hinaus reiche es nicht aus, lediglich die Menschenrechte zu garantieren. Man müsse ebenso das kulturelle Erbe schützen. Das Recht auf die eigene Geschichte, die sich z. B. in der Sprache und in historischen Bauwerken wiederfinde, sei ebenso bedeutsam. Es sei falsch, neue und künstliche Identitäten schaffen zu wollen, wie man es am Beispiel von Jugoslawien hätte sehen können. Gleiches gelte auch für die Schaffung einer zyprischen Identität. Der Abgeordnete ergänzte in bezug auf die von der OSZE durchgeführten Wahlbeobachtungen, daß die Tatsache, daß das BDIMR mit den Regierungen zusammenarbeite, die Gefahr der Parteilichkeit berge. Wahlbeobachter müßten unparteiisch sein und dies sei ein Bereich, in dem die Parlamentarische Versammlung stärker aktiv werden sollte. Er sprach sich ferner dafür aus, den Moskauer Mechanismus anzuwenden, und zwar nicht nur bei internen, sondern auch bei Konflikten zwischen Mitgliedstaaten. Er schlug ebenfalls vor, daß das Präsidium sich an der Überprüfung der bestehenden Systeme beteiligen solle. Der Vertreter des Heiligen Stuhls, **Turkovic**, erklärte in diesem Zusammenhang, daß er den in dem Bericht enthaltenen Hinweis auf die Bedeutung der Menschenrechte für die Stabilität unterstütze, jedoch darauf hinweise, daß man nicht nur die Freiheit des einzelnen schützen müsse, sondern auch kollektive Freiheiten, wie z. B. die Freiheit religiöser Gruppen. Abgeordneter **Korkmaz** (Türkei) verwies auf die Bedeutung des Schutzes von Wanderarbeitnehmern und deren Integration in die westeuropäischen Gesellschaften. Er begrüßte es, daß Dänemark, Schweden und die Niederlande Wanderarbeitnehmern umfassendere Partizipationsrechte zugestanden hätten. Die Türkei habe bereits vor vielen Jahren ihre Verfassung dahingehend geändert, daß Wanderarbeitnehmer die türkische Staatsbürgerschaft erwerben können. Er forderte die Einsetzung eines neuen Ausschusses für die Rechte von Wanderarbeitnehmern. Der Vorsitzende, Abgeordneter **Prof. Gert Weisskirchen**, stimmte zu, daß das Thema der Wanderarbeitnehmer auch in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland sehr wichtig sei. Die **Berichterstatterin** ergänzte, daß dieses Thema bereits in dem Bericht über Minderheitenfragen behandelt worden sei. Man müsse jedoch unterscheiden, ob Wanderarbeitnehmer im privaten Sektor oder gesetzlich diskriminiert würden.

Der britische Abgeordnete **Tom Cox** leitete über auf die seines Erachtens sehr wichtige Frage der Menschenrechte in der Türkei. Man habe versucht, auf eine Pressefreiheit hinzuwirken, da es in der Türkei deutliche Anzeichen dafür gebe, daß der Presse Beschränkungen auferlegt würden, wenn sie Kritik an der Türkei übe. Es stelle sich die Frage, ob dies nicht in den Verantwortungsbereich des Medienbeauftragten Duve falle? Er verwies auf die Debatte über kurdische Flüchtlinge, die vor zwei Wochen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates stattgefunden habe. Darüber hinaus befänden sich auch weiterhin vier türkische Parlamentarier in Haft und es seien keine Fortschritte in bezug auf ihre Freilassung erzielt worden. Abgeordneter **Tom Cox**

erkundigte sich, ob ein Vertreter der OSZE die Gefangenen besucht habe. Der **Vorsitzende** erklärte in bezug auf die Pressefreiheit, daß man auch sehen müsse, daß die Türkei ein sehr großes Land mit einer sehr großen Medienvielfalt sei. Generell sei die Pressefreiheit gewährleistet – außer in der Kurdenfrage. Die Pressefreiheit sei sogar so groß, daß es auch nationalistische Medien gebe. Er sei zweimal in die Türkei gereist, habe die Gefangenen zweimal besucht und bedauere ausdrücklich, daß sie immer noch inhaftiert seien. **Freimut Duve** schloß sich mit der Bemerkung an, daß er seine und die Aufgabe seiner Mitarbeiter darin sehe, dem Amt des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit eine klare Definition zu geben. Es gebe allerdings nur einen Bereich, in dem er in seiner Funktion inhaltlich nachfragen könne, d. h. er könne sich z. B. erkundigen, warum ein Journalist inhaftiert worden sei. Ansonsten befasse er sich mit der strukturellen Unterdrückung, die z. B. in der Form auftreten könne, daß eine Regierung zwar die Medien inhaltlich nicht zensiere, aber ihre Verbreitung limitiere. Einige Staaten bzw. Minister hätten sich gegen sein Mandat als Beauftragter für Medienfreiheit ausgesprochen. Er habe im Moment seiner Amtsübernahme damit begonnen, Fragen zu stellen. Auch Informationen von Nichtregierungsorganisationen würden gesammelt und flößen in die Entscheidung darüber ein, ob man sich z. B. an einen Premierminister wende. So habe er sich schriftlich an die Türkei und an Weißrußland gewandt, wobei die zuständigen Stellen in der Türkei sehr schnell geantwortet hätten. Die Antworten des weißrussischen Außenministers, den er scharf kritisiert habe, seien nicht zufriedenstellend, aber sehr präzise gewesen. In bezug auf die Türkei fügte er hinzu, daß das Problem der separatistischen Äußerungen und der Trennung von Politik und Religion in der Verfassung Atatürks begründet liege. Das Problem der Kurden wäre weniger schwerwiegend, wenn man es freier diskutieren könnte. Der italienische Abgeordnete **Brunetti** verwies ebenfalls auf die Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und erklärte, daß es im Südosten der Türkei ca. 3 Millionen Flüchtlinge gebe, Journalisten ermordet und Parlamentarier inhaftiert würden, wenn sie die Rechte der Kurden zu verteidigen suchten. **Freimut Duve**, der als ehemaliger Berichterstatter für Minderheiten dazu Stellung nehmen wollte, hielt dagegen, daß viele Kurden ihre Identität nicht ausschließlich an ihrer ethnischen Zugehörigkeit festmachen wollten, sondern auch an anderen Faktoren, wie z. B. an ihrem Beruf. Das 21. Jahrhundert sei kein ethnisches, sondern ein industrielles und ein kulturelles Jahrhundert. Abgeordneter **Gürkan** (Türkei) erklärte, daß man seit Jahren gegen die PKK und nicht gegen die Kurden kämpfe. Es gebe wohl kein Land, welches eine bewaffnete Bewegung, die die territoriale Integrität des Staates bedrohe, tolerieren würde. Er leugne das Kurdenproblem nicht, weise jedoch darauf hin, daß sich die Bevölkerung der Türkei aus zahlreichen Volksgruppen zusammensetze und von Europa zur „Türkei“ gemacht worden sei. Die britische Abgeordnete **Tonge** erwiderte darauf, daß die Parlamentarier irritiert darüber seien, daß sie dieses Problem nicht offen diskutieren könnten. Im vergangenen Jahr sei das Thema im Ausschuß blockiert wor-

den, in diesem Jahr im Ständigen Ausschuß. Außerdem seien sie mit der Weiterverfolgung verabschiedeter Beschlüsse nicht zufrieden. Im vergangenen Jahr sei eine sehr wichtige Resolution zur Vergewaltigung verabschiedet worden und es habe in den letzten zwölf Monaten dazu keine Folgemaßnahmen gegeben. Es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, die Parlamentarier über die ergriffenen Folgemaßnahmen zu informieren. Abgeordneter **Abdildin** (Kasachstan) ging ebenfalls auf die Strukturreform der OSZE ein und warnte vor der Bildung neuer Gruppierungen von Staaten der ehemaligen UdSSR, da diese z. T. eine eigene Auffassung in bezug auf Menschenrechte hätten. Demokratie und die Freiheit des einzelnen seien Begriffe, die in diesen Staaten eine andere Bedeutung hätten. Es sei daher notwendig, diese Begriffe exakt zu definieren; die OSZE müsse hier verstärkt Aufklärungsarbeit, z. B. in Form von Seminaren leisten. Der Vorsitzende **Prof. Gert Weisskirchen** erklärte dazu, daß er die Förderung des Begriffs universeller Menschenrechte für eine sehr gute Anregung halte und den Vorschlag, die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich zu verstärken, unterstütze. Der Medienbeauftragte **Freimut Duve** fügte hinzu, daß er mit Botschafter **Stoudmann**, dem Direktor des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte, gesprochen habe, und sowohl er wie auch Botschafter **Stoudmann** es befürworteten, daß Personen, die direkt im Bereich des Menschenrechtsschutzes tätig seien, die Möglichkeit hätten, diesem Ausschuß über ihre Arbeit zu berichten. **Freimut Duve** berichtete anschließend über ein neues Gesetz in der Türkei, nach dem große Medienkonzerne sich nicht an öffentlichen Bauvorhaben wie Dämmen u.ä. beteiligen dürften. Zwei Medienkonzerne hätten Druck ausgeübt, um dieses Gesetz zu ändern. In der jüngsten Geschichte nach dem Fall der Mauer seien zwei wichtige Elemente in Kraft getreten: eine breitere Achtung der Menschenrechte und das korrektive Element der Medien. Er habe vor längerer Zeit ein Buch über die Vergiftung des Baikalsees herausgegeben, das in der ehemaligen Sowjetunion nicht hätte gedruckt werden dürfen. In Rußland, Weißrußland, Makedonien und in Kroatien habe er Regierungsentscheidungen öffentlich kritisieren dürfen. In seinem neuen Amt, erklärte der Medienbeauftragte, verfolge er langfristig ähnliche Projekte, wie sie in Deutschland im Rahmen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission existierten. Ziel dieser Kommission sei es, zu verhindern, daß die nächste Generation die Geschichte mißbrauche. Eine Einmischung der Medien in die Wirtschaft hielt **Freimut Duve** jedoch für gefährlich. Abschließend brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die geringen Mittel, die ihm für sein Amt zur Verfügung stünden, erhöht würden. Er wolle sich in diesem Sinne mit der Bitte um Unterstützung an die Versammlung wenden. **Viscount Montgomery** (Vereinigtes Königreich) ergänzte zu den Ausführungen des Medienbeauftragten, daß es auch subtile Medienbegrenzungen gebe, z. B. über die Werbung. Ebenfalls müsse man die andere Seite der Medaille sehen, d. h. Eingriffe in die Privatsphäre durch verantwortungslosen Journalismus. **Freimut Duve** erklärte dazu, daß er ein Treffen mit Vertretern von Mediengruppen vorbereite, um deren Verhaltenskodex

zu besprechen. In vielen postkommunistischen Staaten fehle noch das Bewußtsein für einen verantwortungsvollen Journalismus. Als abschreckendes Beispiel berichtete er von der Darstellung eines Sterbenden in den Medien, die ohne jegliche Einwilligung erfolgt sei. Dies sei würdelos und es müsse eine Einigung darüber erzielt werden, Derartiges nicht zu zeigen. Ein solches Verhalten, so **Duve**, zeuge von einer Auslegung von Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes zugunsten der Medienindustrie. Der weißrussische Vertreter **Nystynk** unterrichtete den Ausschuß von der Absicht, zur Unterstützung der Überwachungsgruppe eine Parlamentariergruppe zu gründen und fügte hinzu, daß die Mitglieder der Überwachungsgruppe festgestellt hätten, daß die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen in Weißrußland gegeben seien. Der Vertreter betonte ausdrücklich, daß Kontakte zu anderen nationalen Parlamenten erwünscht und notwendig seien und lud seine Kollegen und Kolleginnen ein, nach Weißrußland zu reisen. Der **Vorsitzende** stellte in diesem Zusammenhang heraus, daß die Lage in Weißrußland beispielhaft für die starken politischen Signale sei, die die Parlamentarische Versammlung der OSZE aussende.

Zurückkommend auf den Bericht der Abgeordneten **Guikje Roethof** dankte die amerikanische Abgeordnete **Louise Slaughter** der Berichterstatteerin insbesondere für deren Hinweis auf die Rolle der Frau. Gleichberechtigung könne es nur geben, wenn Frauen in der OSZE stärker vertreten seien. Sie regte an, daß in den Berichten über die Feldmissionen bei der Auflistung der Mitarbeiter auch angegeben werden solle, ob es sich um weibliche oder männliche Mitarbeiter handele. Natürlich reflektiere die Zahl der in der OSZE vertretenen Frauen nur das Bild der nationalen Parlamente. Sie wies jedoch ausdrücklich darauf hin, wie wichtig die Beteiligung von Frauen an Missionen in Konfliktregionen sei. Einerseits müßten sich die Mitarbeiter dort oftmals um traumatisierte Frauen kümmern und andererseits müsse sichergestellt sein, daß die Stimmen beider Geschlechter gehört würden. Das Friedensabkommen von Dayton sei ein Beispiel für das Fehlen der Beteiligung von Frauen. Das in dem Abkommen enthaltene Konzept der Flüchtlingsrückführung lasse völlig außer acht, ob eine Frau z. B. an einen Ort zurückkehren müsse, an dem sie vergewaltigt oder ihre Familie ermordet worden sei. Die amerikanische Abgeordnete erklärte, sie sei sicher, daß das Daytoner Abkommen anders gestaltet worden wäre, wenn Frauen mit am Verhandlungstisch gesessen hätten. Weiterhin berichtete sie, daß sie auf ihrer letzten Reise nach Bosnien und Herzegowina habe feststellen müssen, daß es dort ernsthafte Probleme in bezug auf die Medien gebe. Es sei dringend erforderlich, eine alternative Radiostation als Gegengewicht zu der offiziellen Berichterstattung in Srebrenica einzurichten. Die amerikanische Vertreterin zitierte einen Militärangehörigen mit den Worten, in Bosnien und Herzegowina könnte ein neuer Libanon entstehen. **Freimut Duve** stimmte ihr in dem Punkt zu, daß Medien auch Kriege unterstützen könnten. Er persönlich habe beschlossen, sich mit Vertretern der dortigen Medien zu treffen. Eine Reise dorthin plane er eventuell für Oktober.

Der Vorsitzende übergab dann der Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina, **Gret Haller**, das Wort, die einleitend erklärte, daß sie sich freue, bereits zum dritten Mal die Gelegenheit zu haben, den Ausschuß über ihre Aktivitäten zu informieren. Ihre Ausführungen seien in drei Teile gegliedert, wobei sie im ersten Teil über die Entwicklungen des vergangenen Jahres, im zweiten Teil über die sich abzeichnenden Perspektiven berichten und im dritten Teil auf grundsätzliche Fragen eingehen wolle.

Die rechtliche Grundlage ihrer Arbeit, die sie im Jahr 1996 aufgenommen habe, sei das Friedensabkommen von Dayton. Bosnien sei das erste Nichtmitgliedslad des Europarats, in dem die Europäische Menschenrechtskonvention anwendbar sei. Der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg sei jedoch nicht zuständig. Aus diesem Grunde sehe das Daytoner Abkommen die Einrichtung einer Menschenrechtskammer und des Amtes einer Ombudsperson vor, wobei dies bosnische Institutionen seien, deren Tätigkeit von internationalen Organisationen begleitet werde. Ein Großteil der zu behandelnden Fälle seien Eigentumsfragen und Fragen der Wohnungsnutzung. Jedoch habe es auch Fälle gegeben, in denen die Todesstrafe verhängt und eine Urteilsaufhebung erreicht worden sei. Die Todesstrafe werde nun abgeschafft. Weiterhin, so die Ombudsfrau, befasse sie sich oftmals mit Fällen rechtswidriger Inhaftierung. Überraschenderweise funktioniere die Zusammenarbeit mit der Republik Srpska besser als die mit der kroatischen Föderation. Man dürfe keinen falschen Eindruck von Bosnien bekommen, erklärte Frau Haller. Bosnien sei kein Entwicklungsland, jedoch herrsche ein ziemliches Wirrwarr an Institutionen. Sie habe 12 bosnische Juristen als Mitarbeiter. Bislang habe sie sich auf ihre Arbeit mit der Menschenrechtskammer konzentriert mit dem Ziel, diesem Gericht zum Erfolg zu verhelfen. Von nun an wolle sie sich stärker auf ihre Rolle als Ombudsfrau konzentrieren. In bezug auf ihre Funktion erklärte Frau **Haller**, sie sei von der OSZE ernannt worden, um die Europäische Menschenrechtskonvention in Bosnien zur Anwendung zu bringen. Dies sei eigentlich eine Aufgabe, die in den Zuständigkeitsbereich des Europarates falle. Somit habe sie die Gelegenheit gehabt, Erfahrungen an der Schnittstelle beider Organisationen zu sammeln. Die Menschenrechte seien universell, die Verfahren zu ihrem Schutz aber unterschiedlich. Dies sei jedoch nicht auf unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten zurückzuführen, sondern auf den Verdichtungsprozeß, den der Menschenrechtsschutz von völkerrechtlichen Vereinbarungen bis hin zum Recht auf Individualbeschwerde durchlaufe. Der Europarat sei auf diesem Weg am weitesten fortgeschritten. Die Entscheidung, ob eine Individualbeschwerde zugelassen werde, sei ebenso unpolitisch wie die Umsetzung des Urteilspruchs. Die Vereinten Nationen hätten sich mit dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte auf denselben Weg begeben, könnten jedoch nur Empfehlungen aussprechen. Die OSZE hingegen konzentriere sich bewußt auf ihre politische Arbeit, und sie sei der Auffassung, daß die Organisation diesen politischen Weg auch weiter beschreiten müsse, gleichzeitig aber nicht versäumen dürfe, auf die Bedeutung des

juristischen Schutzes hinzuweisen. Die OSZE habe politisch eine Führungsrolle inne und mit der Schaffung einer menschlichen Dimension bereits eine wichtige Stufe erreicht. Sie sei ein wenig enttäuscht, so die Ombudsfrau, daß im Mandat des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit nicht auf die Europäische Menschenrechtskonvention verwiesen worden sei. Meinungs- und Pressefreiheit seien auch in der EMRK verankert. **Freimut Duve** würde natürlich nach diesen Grundsätzen handeln, sie bedauere es aber trotzdem, daß die EMRK nicht explizit erwähnt worden sei. Abschließend nannte **Gret Haller** die Beendigung des Krieges in Bosnien und Herzegowina durch die Staatengemeinschaft die wichtigste Errungenschaft in bezug auf die Menschenrechte dort. Die OSZE leiste in diesem Bereich ausgezeichnete Arbeit. Eine wichtige langfristige Perspektive sei der Schutz der Menschenrechte durch das Recht auf Individualbeschwerde.

Anschließend erkundigte sich die stellvertretende Ausschußvorsitzende **Dorota Simonides** (Polen) vor dem Hintergrund der oftmals geringen Mittelausstattung für derartige Mechanismen nach der Ausstattung für Bosnien und Herzegowina. Frau **Haller** erklärte dazu, daß die Implementierung unabhängig von der Politik finanziert werden müsse. Der norwegische Abgeordnete **Næss** verwies auf die Schwierigkeiten, die das in der Theorie sehr gute Konzept der langfristigen Wahlbeobachtung mit sich brächte. Es sei für Parlamentarier fast unmöglich umzusetzen, obwohl bekannt sei, daß Probleme nicht erst am Wahltag, sondern bereits im Verlauf der Wahlkampagne entstehen könnten. Aus diesem Grunde appellierte er an die Parlamentarier, sich dafür einzusetzen, ihnen bei Wahlbeobachtungen längere Aufenthalte vor Ort zu ermöglichen. Der rumänische Abgeordnete **Bodiceanu** informierte den Ausschuß über das Schicksal eines Parlamentariers in der Republik Moldau, der seit fünf Jahren in Haft sei. Moldau sei von der 14. Russischen Armee besetzt und dies führe dazu, daß dort nicht eine Minderheit, sondern die Mehrheit unterdrückt werde. Angesichts dessen, daß die nächste Tagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in St. Petersburg stattfindet, regte der Abgeordnete an, auf die russischen Parlamentarier einzuwirken, sich für ein Ende der Diktatur in der Republik Moldau einzusetzen.

Auf Anregung der Berichterstatterin Roethof hatte sich eine **Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte** gebildet, um Reformvorschläge für die Arbeit des Ausschusses zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe berichtete dem Ausschuß, daß u. a. folgende Reformvorschläge beschlossen worden seien: der Berichterstatter solle dem Ausschuß über Fortschritte in bezug auf die Umsetzung der Vorjahreserklärung berichten, die Resolutionen sollten kürzer und präziser sein, und die Redezeit für Erklärungen und andere Stellungnahmen solle für Redner auf dem Podium zehn Minuten und für Redner im Saal drei Minuten nicht überschreiten.

Zum Abschluß der Ausschußberatungen wurde Abgeordneter **Prof. Gert Weisskirchen** zum Vorsitzenden gewählt und die stellvertretende Vorsitzende,

die polnische Senatorin **Dorota Simonides**, in ihrem Amt bestätigt. Als neue Berichterstatterin wählte der Ausschuß die georgische Abgeordnete **Nino Burdshanadze**.

IX. Treffen der Parlamentarierinnen

Die Sitzung der Parlamentarierinnen fand am Dienstag, den 7. Juli 1998, unter dem Vorsitz der dänischen Abgeordneten und Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Frau **Helle Degn**, statt. Auf der Tagesordnung stand der Entwurf einer Erklärung zum Thema „Die Rolle von Frauen im Zusammenhang mit den konfliktpräventiven Aktivitäten der OSZE“. Als Gastrednerinnen waren Frau **Dr. Monika Wohlfeld**, Beauftragte für Gleichstellungsfragen in der OSZE, sowie Frau **Dr. Fiona MacDonald Wilson** eingeladen. Frau **Degn** wies einleitend darauf hin, daß der zu verabschiedende Erklärungsentwurf nicht dem Plenum vorgelegt werden könne. Aus diesem Grunde werde sie ihn dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, **Javier Rupérez**, übermitteln mit der Bitte, den verabschiedeten Text dem Ständigen Ausschuß vorzulegen.

Die **Vorsitzende** eröffnete ihre Ausführungen mit dem Hinweis auf die Ergebnisse des vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) in Warschau veranstalteten Seminars zum Thema Förderung der Mitwirkung von Frauen in der Gesellschaft. Man sei dort zu dem Schluß gelangt, daß es notwendig sei, a) den Gleichberechtigungsaspekt zukünftig in die OSZE-Aktivitäten und Missionen aufzunehmen; b) weibliche Spezialisten in das OSZE-Krisenmanagement und die Konfliktbereinigung aufzunehmen; c) Workshops zu veranstalten mit dem Ziel, Frauen zu befähigen, an Konflikt- und Krisenmanagementaufgaben teilzunehmen; d) die Mitgliedstaaten aufzufordern, die OSZE-Verpflichtungen über den gleichen Status von Mann und Frau umzusetzen und e) eine Institution unter dem Dach der OSZE einzusetzen, welche die Aufgabe haben solle, die Rolle von Frauen innerhalb der Arbeit der OSZE zu überwachen. Sowohl dieses Seminar und die darauffolgenden Beratungen über entsprechende Folgemaßnahmen am 29. April 1998 als auch die Einrichtung einer Anlaufstelle für Gleichstellungsfragen innerhalb der OSZE zeugten nach Auffassung der Vorsitzenden von den erheblichen Fortschritten, die erzielt worden seien. Diese Dynamik müsse man ausnutzen, da sich zahlreiche Mitarbeiter der OSZE mit Sicherheit fragen würden, warum eine solche Anlaufstelle für Gleichstellungsfragen in der OSZE notwendig sei, warum Frauen bei der Konfliktverhütung mitwirken sollten und wie sie zur Konfliktverhütung beitragen könnten. In diesen Bereichen, erklärte Frau **Degn**, sei noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Vorsitzende verwies auf den entsprechenden Absatz in der Erklärung von Peking, in der die Machtgleichstellung der Frau und ihre gleichberechtigte und volle Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft, so auch ihre Teilhabe an Entscheidungsprozessen und ihr Zugang zu Macht, für die Herbeiführung von Gleichberechtigung, Entwick-

lung und Frieden von grundlegender Wichtigkeit seien. Ohne die Beteiligung von Frauen und Männern sei keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung möglich. Die Konfliktverhütung, erklärte Frau **Degn**, sei Teil des Aufbaus einer nachhaltigen Entwicklung. Sie unterstrich, daß es notwendig sei, zu untersuchen, ob die OSZE als Institution in der Lage sei, Gleichstellung zu verwirklichen, wobei diese Frage sowohl das Sekretariat als auch auf die wichtigsten Konfliktverhütungsinstrumente der OSZE betraf. Darüber hinaus müsse man sich verstärkt mit der Darstellung von Frauen in Konfliktsituationen befassen. Frauen würden oftmals nur als Opfer dargestellt und nicht als Handelnde, d. h. als eine Gruppe von Menschen, denen man Schutz gewähren müsse, die aber nicht in der Lage oder interessiert daran seien, an Entscheidungsfindungsprozessen im Bereich der Konfliktverhütung mitzuwirken. In bezug auf das Bild der Frau führte Frau **Degn** aus, daß man hier während einer Konfliktsituation sowohl positive Veränderungen, d. h. mehr Gleichberechtigung, habe feststellen können, aber teilweise auch eine Verhärtung konservativer Einstellungen in bezug auf Gleichstellungsfragen. Positive Veränderungen müsse man sehr rasch erkennen und nutzen, so Frau **Degn**, während man negativen Veränderungen umgehend gegensteuern müsse. Nichtregierungsorganisationen von Frauen könnten hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten. Untersuchungen zu der Rolle von Frauen und Männern in Konfliktsituationen böten ebenfalls die Möglichkeit, sich abzeichnende geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu erkennen.

Nach diesen einleitenden Worten stellte die Vorsitzende die erste Gastrednerin, Frau **Dr. Fiona MacDonald Wilson** vor, Professorin für Internationale Entwicklungsstudien an der Roskilde Universität. **Prof. Wilson** eröffnete ihren Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß die Zivilbevölkerung heutzutage sehr viel stärker unter Kriegen leide als zu Anfang des Jahrhunderts. In Zahlen ausgedrückt seien heute schätzungsweise 70 Prozent der Kriegsoffer Zivilisten, verglichen mit 10–15 Prozent zu Anfang dieses Jahrhunderts. Das Bild, das von Frauen in Kriegssituationen gezeichnet werde, sei das von Opfern, die vor den Trümmern ihrer Häuser stünden, ihre Kinder auf dem Arm: ängstliche, verletzte Flüchtlinge. Diese Darstellung sei mit Sicherheit zumindest teilweise realistisch, trage jedoch nicht dazu bei, den Kampf von Frauen gegen den Krieg und ihre Situation zu verstehen. Die Ideologie der Geschlechterrollen werde in Kriegssituationen insofern angewandt, als daß der Mann als der Krieger und Beschützer des Vaterlandes dargestellt werde, die Frau als Hüterin der Moral und des Heims. Einerseits könne dies zur Bildung von Bewegungen wie der der Mütter von der Plaza de Mayo führen, die unter gezieltem Einsatz ihrer Rolle als Mütter eine Nation daran hindern wollten, das Schicksal der Verschwundenen zu vergessen. Andererseits könne das Bild der Frau als Mutter aber auch zur Schaffung eines ethnischen Nationalismus verwendet werden, denn in einer Ideologie, in der die Zugehörigkeit zu einer Nation auf der Grundlage der Reinheit des Blutes beruhe, habe die Frau nicht nur die Rolle einer Mutter im

abstrakten Sinne, sondern auch gezielt die der Mutter von Kindern, die einer Nation und einer Ethnie angehören. Würden in einem ethnisch-nationalistischen Umfeld diese sozialen Grenzen verletzt, z. B. durch Eingehen einer gemischten Ehe, könne dies dazu führen, daß die Ehepartner in ethnisch bedingten Kriegssituationen zu Flüchtlingen werden. Systematische Vergewaltigungen würden zur Kriegswaffe, zur vorsätzlich angewandten Strategie der Schändung. Als Fazit aus diesen Überlegungen, erklärte **Prof. Wilson**, müsse man bei der Konfliktverhütung verstärkt gegen einen ethnischen Nationalismus angehen. Frauen könnten auf dem Wege über eine internationale Zusammenarbeit dazu einen Beitrag leisten. Sowohl die OSZE als auch die übrige Staatengemeinschaft müsse das politische Ideal einer Gesellschaft anstreben, die sich aus gleichberechtigten Bürgern zusammensetzt. Die Vergangenheit und ihre Darstellung dürfe man jedoch dabei nicht unberücksichtigt lassen. Die Art der Darstellung und der Vermittlung geschichtlicher Ereignisse z. B. in den Medien könne ebenfalls einen ethnischen Nationalismus begünstigen. **Prof. Wilson** erläuterte, daß ein Teil der Konfliktverhütung bedeute, Rassen- und Geschlechterstereotypen in der offiziellen Darstellung geschichtlicher Ereignisse zu korrigieren. Gerade hier sei die Beteiligung von Frauen unbedingt erforderlich.

Entgegen dem Bild, welches die Medien von Frauen in Konfliktsituationen oftmals zeichneten, fuhr **Prof. Wilson** fort, hätten diese Frauen überhaupt keine Zeit, passive Opfer zu sein. In der Realität seien es doch gerade die Frauen, die in Abwesenheit ihrer kämpfenden, inhaftierten oder sogar gefallenen Männer verstärkt die Verantwortung für Angehörige oder die Gemeinschaft übernehmen müßten. Sie seien in dieser Lage dazu gezwungen, ihr soziales Umfeld zu erweitern und sich z. B. direkt mit öffentlichen Stellen auseinanderzusetzen. Einerseits könne dies zu einer Stärkung des Selbstbewußtseins und der Durchsetzungskraft von Frauen führen, andererseits aber auch ein Auseinanderbrechen bislang bestehender, auf Vertrauen und Gegenseitigkeit gestützter Netzwerke nach sich ziehen. Aus dieser Situation heraus entstünden von Frauen selbst geschaffene Einrichtungen. In Bosnien gebe es z. B. ungefähr 50 lokale Nichtregierungsorganisationen, die unter der Leitung von Frauen stünden und hauptsächlich für Frauen tätig würden. In Kriegszeiten hätten sie sich vorrangig um vertriebene Frauen gekümmert, müßten jedoch nun, nach dem Ende der Feindseligkeiten, einen Familienaspekt in ihre Arbeit miteinbeziehen. Dies ergebe sich aus dem Umstand, daß für Frauen die Gewalt nach Ende des Krieges nicht aufgehört habe – sie seien nun konfrontiert mit einer verrohten Gesellschaft und ihren zurückgekehrten, oftmals traumatisierten und arbeitslosen Ehepartnern. **Prof. Wilson** schloß zusammenfassend, daß man auf die Stärke von Frauen bauen müsse. Konfliktverhütung bedeute auch, die im Alltag von Frauen auftauchenden Probleme zu verstehen und die Frauen dabei zu unterstützen, diese zu lösen.

Im Anschluß daran stellte Frau **Dr. Wohlfeld** die neue Anlaufstelle der OSZE für geschlechtsspezifische

Fragen vor. Im Rahmen ihrer Tätigkeit wolle sie Kontakte aufbauen zu anderen internationalen Organisationen und zu Nichtregierungsorganisationen mit dem Ziel, Informationen darüber zu sammeln, wie die Frage der Gleichstellung in diesen Organisationen behandelt werde. Darüber hinaus werde sie die Möglichkeiten überwachen, die Frauen innerhalb der OSZE haben. In diesem Zusammenhang habe sie bereits die Gelegenheit gehabt, sich an den Delegationsleiterausschuß zu wenden. Im August 1998 solle eine Veranstaltung zur Ausbildung von Mitarbeiterinnen von Missionen stattfinden, mit dem Ziel, diese stärker über die Rolle und die Situation von Frauen in Konflikten und nach Konflikten zu informieren. Man habe dazu auch andere Gleichstellungsstellen und einschlägige Nichtregierungsorganisationen kontaktiert, um Doppelarbeit zu vermeiden. Neben den Kontakten auf internationaler Ebene wolle sie sich ebenfalls an die Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten zum Informationsaustausch wenden.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, erklärte, daß es keine Erfolge ohne die Mitwirkung von Frauen geben könne. Frauen verfolgten einen anderen Ansatz bei der Konfliktverhütung und bei Friedensverhandlungen. In Zukunft solle es in der OSZE keine Gruppen ohne die Mitwirkung von Frauen geben. Die **finnische** Abgeordnete wies darauf hin, daß Frauen sich nicht isolieren dürften. In der folgenden Woche fände in Kapstadt ein Treffen der Parlamentspräsidentinnen statt, zu denen auch Frauen aus Krisengebieten anreisen. Es sei unbedingt erforderlich, daß auch Männer an diesen Treffen teilnahmen, um von diesen Frauen Informationen zu erhalten.

In der sich anschließenden Debatte über den vorliegenden Erklärungsentwurf schlug die **Präsidentin des Deutschen Bundestags** vor, diesem Entwurf einen Anhang hinzuzufügen, in dem geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Konfliktverhütung und bei Friedensverhandlungen definiert würden. Die Vertreterinnen aus **Finnland**, aus der **Schweiz**, aus **Polen** und aus **Spanien** unterstützten diesen Vorschlag. Grundlage dieses Anhangs könne die Ausarbeitung von **Prof. Wilson** sein. Man kam jedoch überein, diesen Anhang im Rahmen der Folgemaßnahmen zu der vorliegenden Erklärung zu einem späteren Zeitpunkt zu erstellen. Der Erklärungsentwurf wurde daraufhin mit geringen Änderungen verabschiedet.

Zum Abschluß der Debatte wies die Vertreterin aus **Georgien** noch einmal ausdrücklich auf die Bedeutung von Wahlen und von Frauen als Parlamentarierinnen hin. Frauen müßten als Gesetzgeberinnen Einflußmöglichkeiten besitzen bei Entscheidungen, die möglicherweise zu Kriegen führen könnten. Die **Vorsitzende** ergänzte, daß Frauen nur in sehr eingeschränktem Maße Zugang zu internationalen Organisationen hätten. Dies führe dazu, daß sich im Rahmen der Folgekonferenz zur Weltfrauenkonferenz nun hauptsächlich Männer mit den Ergebnissen der Weltfrauenkonferenz befaßten. Frau **Degn** schloß das Treffen mit den Worten, daß ein solches Vorgehen untragbar und Beweis dafür sei, daß die Rolle der Frauen in internationalen Organisationen gestärkt werden müsse.

X. Plenarsitzungen

Die Plenarsitzungen fanden am Nachmittag des 7. Juli sowie am 10. Juli 1998 statt.

Zu Beginn der Plenarsitzung am Nachmittag des 7. Juli 1998 hielten Gastredner der verschiedenen anwesenden Parlamentarischen Versammlungen kurze Ansprachen an die versammelten OSZE-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier. Die deutsche Abgeordnete **Leni Fischer** bedauerte, daß das Wirken der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie der OSZE häufig nicht den Bekanntheitsgrad habe, den es verdiene. Sie lud alle Anwesenden ein, sich die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bei einem Besuch in Straßburg aus der Nähe anzuschauen. Frau **Brorby Larsen** vom Nordischen Rat unterrichtete darüber, daß im Frühjahr 1999 ein Seminar geplant sei, das sich mit den neuen Sicherheitsstrukturen befaße. Ein wichtiger zu behandelnder Punkt sei die Förderung der arktischen Zusammenarbeit. Sie betonte die Aufgeschlossenheit des Nordischen Rates für Kontakte und Kooperation mit anderen interparlamentarischen Gremien. Herr **Gutierrez Diaz** sprach als Vertreter des Europäischen Parlamentes. Die Kooperation zwischen den Parlamenten sowie den interparlamentarischen Organisationen werde quantitativ und qualitativ immer stärker. Zur Zeit bereite sich die Europäische Gemeinschaft auf die Aufnahme weiterer osteuropäischer Länder vor. Sie agiere hierbei als Garant des Fortschritts und der Stabilität in Europa. Er plädiere dafür, gemeinsame Aktionen dort durchzuführen, wo sie sich als angemessen erwiesen. Beispielshaft erwähnte er hierfür die Drei-Parlamente-Mission in Albanien. Ein **Vertreter der Nordatlantischen Versammlung** nannte das Tätigwerden interparlamentarischer Versammlungen in Bosnien als Beispiel für einen effektiven menschlichen Einsatz. Die im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden durchgeführten Projekte sollten jedoch nicht für alle als Eintrittskarte in die NATO angesehen werden. Herr **Maloseyev** von der Parlamentarischen Versammlung der Vereinigung Unabhängiger Staaten berichtete vom Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit seiner Organisation in St. Petersburg. Die gemeinsame Tagung sei konstruktiv gewesen und habe seine Hoffnung bestärkt, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten aufbauen zu können. Herr **Davis** von der Parlamentarischen Versammlung der WEU dankte Präsident **Rupérez** für die bisherige Zusammenarbeit beispielsweise beim Einsatz der multinationalen Polizeitruppe in Albanien. Diese habe Sicherheit und Ordnung wiederherstellen und den Schutz der Wahlen sicherstellen können.

Im Anschluß an diese Ansprache fand die Verleihung des OSZE-Preises für Journalismus und Demokratie statt (siehe oben V.). Daran schlossen sich ein kurzer Bericht des Schatzmeisters, **Sir Peter Emery**, über die finanzielle Lage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie ein Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit und Aktivitäten des Internationalen Sekretariats der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an.

In der Generaldebatte über aktuelle Themen wurde eine große Bandbreite unterschiedlicher Themen angesprochen. Der Leiter der Delegation der Russischen Föderation, Herr **Gennady N. Seleznev**, betonte, daß die Russische Föderation kein Vetorecht hinsichtlich der Politik anderer Länder anstrebe. Es sei jedoch nicht die Anbindung der osteuropäischen Länder an die NATO, sondern die Schaffung eines neuen Modells der allumfassenden Sicherheit für Europa erforderlich. Bedeutsam sei hier insbesondere die Schaffung einer Europäischen Sicherheitscharta, denn Sicherheit sei ein Gemeingut und damit nicht teilbar, unabhängig davon, welchen politischen oder militärischen Allianzen ein Land angehöre. Der estnische Delegationsleiter, Herr **Raoul Üksväära**, sah die Missionen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE als guten Beitrag präventiver Diplomatie an. Noch vor einiger Zeit habe Estland im Menschenrechtsbereich des Schutzes gegen russische Übergriffe bedurft. Nun habe sich die Situation verändert. Heute gehe es darum, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu begründen und Nichtesten in die estnische Gesellschaft zu integrieren. Die Integration besitze viele Dimensionen und es sei sicherlich hilfreich, wenn es wiederum eine OSZE-Mission in Estland geben würde. Der ungarische Abg. **Andras Barsony**, sah es als Hauptziel der Siebten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an, einen Vergleich zwischen den Strukturen der OSZE und der politischen Durchsetzbarkeit von Resolutionen zu ziehen. Das Dokument von Helsinki sei nicht allen aktuellen Herausforderungen gewachsen, beispielsweise sei bei ethnischen Konflikten ein Rückgriff auf dieses Dokument nicht möglich. Es sei daher an der Zeit, sich Gedanken zu machen, wie derartige Konflikte gelöst werden könnten. Er rege an, über ein Zusatzprotokoll zu Helsinki bzw. Zusatzparagraphen nachzudenken. Ein **Vertreter Weißrußlands** dankte nochmals der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und insbesondere dem finnischen Abg. **Kiljunen**. Der sogenannte „Lukaschenkismus“ sei nur bei einem geteilten Europa erfolgversprechend: **Lukaschenka** sei ein politischer Maurer, er errichte erneut eine Berliner Mauer. Da er einer der stärksten Kräfte im sowjetischen Raum sei, könnte sich eine Katastrophe entwickeln, die schlimmer sei als derzeit im Kosovo. Er wolle daher ein SOS-Signal an die internationale Staatengemeinschaft überbringen und zu Wachsamkeit und Verantwortung aufrufen. Der lettische Abgeordnete **Paulis Klavins**, äußerte sein Bedauern darüber, daß die OSZE den Frieden nicht garantieren könne. Während der Siebten Jahresversammlung würden wieder Menschen getötet und vertrieben werden. Deutschland sei heute ein vorbildlicher Rechtsstaat. Nun müsse auch Rußland zeigen, daß es Abschied von der Vergangenheit genommen habe. Nur wenn die Menschen zu einem gemeinsamen Geschichtsbild gelangen würden, könne eine Verständigung und Aussöhnung gelingen. Der Abg. **Prof. Gert Weisskirchen** befürchtete, daß der weißrussische Präsident **Lukaschenka** die Ängste der Menschen ausnutze, um ein diktatorisches System zu errichten. Es sei die Aufgabe der Parlamentarier zu verhindern, daß solche Menschen Macht erlangten. Auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gebe es Gefahren. Diese

würden nun von Territorialisten und Globalisten ausgehen. Er hoffe, daß in naher Zukunft Pluralismus, Demokratie und Toleranz auch in Weißrußland eine Chance erhalten würden. Der armenische Delegationsleiter **Igityan** äußerte die Befürchtung, daß ein Konflikt immer dann als innerstaatlich bezeichnet werde, wenn die Weltgemeinschaft nicht eingreifen wolle. Vor zehn Jahren habe der Konflikt in Nagorno-Karabach ein Ausmaß wie der jetzige Kosovokonflikt gehabt. Armenier seien damals deportiert worden obwohl ihnen die gleichen Rechte zustünden, wie den Kosovo-Albanern. So wie das Problem vor zehn Jahren gehandhabt worden sei, solle es sich in der Zukunft nicht wiederholen. Er wünsche sich, daß die Einsicht des 21. Jahrhunderts darin bestehe, daß Freiheit und Demokratie die wichtigsten Errungenschaften der Menschheit seien. Der italienische Abg. **Mario Brunetti** machte Ausführungen zum organisierten Verbrechen im OSZE-Gebiet. Er machte eine Politik des Staatsrückzugs dafür verantwortlich, daß es nun mehr Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Armut gebe. Der russische Abg. **Vladimir V. Zhirinovski** beharrte darauf, daß ein Bürger Dänemarks im Namen des Kosovo gesprochen habe, die jugoslawische Seite jedoch nicht zu Wort gekommen sei. Ebenso habe eine weißrussische Delegation das Wort erhalten, die andere nicht. Er fordere, die anti-jugoslawische, anti-weißrussische und anti-russische Haltung aufzugeben. Auch die russischen Minderheiten in Estland und Lettland seien durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE zu schützen. Der russischen Minderheit dort würden Rechte vorenthalten. Die Sorgen über die Atomversuche Indiens und Pakistans seien nicht gerechtfertigt, auch der Iran beschaffe sich derartige Waffen. Das 21. Jahrhundert werde seiner Auffassung nach schwieriger und schlechter sein als das vergangene. Deshalb gelte es das zu wahren, was man habe. Der Abg. **Dieter Heistermann** rief dazu auf, sich am Ausgang des Jahrhunderts auf die gemeinsame europäische Geschichte zu besinnen, um zukünftig Tragödien zu verhindern. Der alte Gedanke, „der Feind meines Feindes ist mein Freund“, dürfe keine Geltung mehr beanspruchen. Es sei gute parlamentarische Übung zu diskutieren, zu erwägen und dann zu handeln. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE solle sich als ein nationales Parlament verstehen und auch als solches handeln und nicht als eine Ansammlung nationaler Parlamente. Jeder Tag, an dem man einen Krieg verhindern könne, sei es wert, sich für eine Sache einzusetzen. Die Abg. **Katrin Fuchs** berichtete, daß sie die Arbeit der OSZE von Anfang an begleitet habe. Es sei der Vorschlag gemacht worden, den Schiedsgerichtshof abzuschaffen. Es liege aber nicht an einer Institution, wenn sie nicht erfolgreich sei, sondern am politischen Willen, sie in Anspruch zu nehmen. Sie habe daher die Bitte, für die Inanspruchnahme des Schiedsgerichtshofes zu werben und auf die nationalen Regierungen einzuwirken. Es gehe nicht darum, alte Organisationen mit neuen Problemen zu betrauen, um sie am Leben zu erhalten. Es gelte vielmehr, für ein bestehendes Problem die richtige Organisation herauszusuchen. Erfolge seien immer zäh, schwierig und langsam zu erkämpfen wie beispielsweise bei den Abrüstungsverhandlungen. Sie rief Rußland dazu auf, endlich den

SALT-II-Vertrag zu ratifizieren. Ansonsten werde den aktuellen Atomtestern eine Legitimation verliehen und das Ziel der Nichtverbreitung erleide Schiffbruch.

Anschließend legte **Parlamentspräsident Rupérez** noch einmal die Gründe dar, die ihn zur Einbringung der Kosovo-Resolutionen veranlaßt hätten. Sinn und Zweck dieser Resolution sei es, die Leiden der Zivilbevölkerung unter den Kosovo-Albanern zu mindern sowie die Öffentlichkeit wachzurütteln. Der **Vizepräsident Willy Wimmer** bezeichnete die vorgelegte Resolution zu diesem ernsten Thema als sehr ausgewogen. Der Weg der Kontaktgruppe werde genau verfolgt, denn sie gebe die Eckdaten für den Status des Kosovos vor. Die Internationale Staatengemeinschaft wisse, welche Instrumente sie zur Verfügung habe, da sie an die Charta der Vereinten Nationen gebunden sei. Oft sei die Staatengemeinschaft zu spät gekommen. Jetzt ergebe sich endlich die Möglichkeit, daß eine OSZE-Mission in den Kosovo zurückkehre. Auch wenn diese zunächst nur zeitlich begrenzt sei, so hege er doch die Hoffnung, daß bald eine langfristige Mission eingesetzt werde. Er dankte insbesondere Herrn **van der Stoel** für sein Wirken. Zudem sei es sein dringender Wunsch, daß sich die EU sowie die USA, die abweichende Konzepte für die Weiterentwicklung des Balkans haben, sich zum Nutzen des gesamten Balkans zusammensetzten und abstimmen. Der britische Abg. **Bruce George** rief die Versammlung dazu auf, die Resolution mit Nachdruck zu unterstützen. Er definiere Sicherheit nicht nur als Verteidigung der Grenzen, sondern auch der Werte. Die Krise im Kosovo sei durchaus geeignet, auch Mazedonien, Albanien und Bosnien zu destabilisieren.

Im Anschluß daran stellten die Berichtstatter der drei Ausschüsse Verlauf und Ergebnisse der Diskussionen in ihren Ausschüssen dar. Zusätzlich präsentierte die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende eines Unterausschusses des Wirtschaftsausschusses zu dem Projekt einer „OSZE-Wirtschaftscharta“ den gleichnamigen Resolutionsentwurf. Die Bundestagspräsidentin wies darauf hin, daß es Ziel und Zweck der Wirtschaftscharta sei, ge-

meinsame Grundsätze und Werte im Wirtschaftsraum von Vladiwostok bis Vancouver zu schaffen. Elemente dieser Wirtschaftscharta seien der Aufbau von Vertrauen in Rechtssicherheit, die Entwicklung von Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität, der Abbau von Handelsbeschränkungen, der Ausbau regionaler Zusammenarbeit sowie die Einsicht, daß Sicherheitsrisiken meist mit Wirtschafts- und Armutrisiken verbunden seien. Die Resolution zur Wirtschaftscharta wurde mit großer Mehrheit bei 116 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen. Mit überwältigter Mehrheit – bei 7 Enthaltungen wurde daraufhin das Schlußdokument der Tagung, die Erklärung von Kopenhagen (siehe Anlage, Seite 21) angenommen.

XI. Wahl des Präsidiums

Da der bisherige Präsident der Versammlung, der spanische Abg. **Javier Rupérez**, aus seinem Amt scheid, mußte ein Nachfolger gewählt werden. Die einzige Kandidatin für dieses Amt war die dänische Abg. **Helle Degn**, die ohne Gegenstimme für ein Jahr gewählt wurde. In einer anschließenden Rede dankte sie für das in sie gesetzte Vertrauen und sicherte zu, sich den zukünftigen Herausforderungen sowie der harten Arbeit zu stellen. Besonders danken wolle sie ihrem Vorgänger **Javier Rupérez**, der einer der Hauptbeteiligten bei der Erarbeitung der Schlußakte von Helsinki gewesen sei. Der Schatzmeister, **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) überreichte **Javier Rupérez**, der für ein Jahr zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde, formell eine dänische Silberschale zur Erinnerung an seine letzte Jahresversammlung in Kopenhagen. Darüber hinaus wählten die Mitglieder der Versammlung drei Vizepräsidenten in das Präsidium. Der amerikanische Abg. **Steny Hoyer** wurde für drei weitere Jahre in seinem Amt als Vizepräsident bestätigt. Des weiteren wurden die italienische Abg. **Tana De Zulueta** sowie der türkische Abg. **Tekin Enerem** als neue Vizepräsidenten ebenfalls für eine Amtszeit bis zur Jahrestagung 2001 gewählt.

Bonn, den 16. September 1998

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundestages

Kopenhagener Erklärung der parlamentarischen Versammlung der OSZE

10. Juli 1998

Präambel

1. Wir, die Parlamentarier aus den Teilnehmerstaaten der OSZE, sind vom 7. bis 10. Juli 1998 als die parlamentarische Institution der OSZE in Kopenhagen zusammengetreten, um die Entwicklungen im Zusammenhang mit Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einer Bewertung zu unterziehen und unsere Auffassungen den Ministern der OSZE zu unterbreiten.
2. Wir wünschen dem nächsten, im Dezember 1998 in Oslo stattfindenden Ministerrat der OSZE viel Erfolg und empfehlen seiner Aufmerksamkeit die folgenden Erklärungen und Empfehlungen.

KOSOVO

3. *Zutiefst besorgt* angesichts der tragischen Entwicklungen im Kosovo, des täglichen Verlusts von Menschenleben, des schweren Leidens der Menschen und der Zerstörung ganzer Orte, aufgrund derer tausende von Bewohnern vor Ort und insbesondere Albaner im Kosovo aus ihrer Heimat fliehen mußten;
4. *Unter Verurteilung* der Gewalt von allen Seiten, insbesondere dort, wo sie gegen friedliche und unbewaffnete Zivilisten ausgeübt wird;
5. Die Politik der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien wegen ihrer militärischen Aggression gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo, einschließlich des Beschusses und der Zerstörung von Dörfern *anprangernd*;
6. *In der Überzeugung*, daß entscheidende Maßnahmen dringlich erforderlich sind, um die Regierung der FRY zu zwingen, auf diese nicht hinzunehmenden Aktionen gegen ihre eigene Bevölkerung zu verzichten; und
7. *In der Überzeugung*, daß die Lage im Kosovo in bezug auf die Menschenrechte sowie die Gefahr einer zunehmenden Instabilität auf dem gesamten Balkan einen negativen Einfluß auf die legitimen Interessen der internationalen Gemeinschaft nehmen könnte, nicht zuletzt als Ergebnis der entstehenden Flüchtlingsströme;

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

8. *Appelliert* an sämtliche Konfliktparteien, zum Grundsatz der Nichtanwendung von Gewalt zurückzukehren und sich selbst von Provokationen jeder Art zu distanzieren;

9. *Regt an*, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten sowie andere, die dazu in der Lage sind, sollten umfassende und effiziente Wirtschaftssanktionen gegen die FRY verhängen, bis diese ihre Aggression im Kosovo beendet;
10. *Ist der Auffassung*, daß die NATO entsprechend der UN-Charta und dem Völkerrecht sowie mit ausdrücklicher Unterstützung durch eine einschlägige Entschließung des UN-Sicherheitsrats diejenigen militärischen Maßnahmen ergreifen kann, die erforderlich sind, um die Beendigung der Aggression und den Schutz der Bevölkerung im Kosovo und den an ihn angrenzenden Gebieten zu gewährleisten;
11. *Appelliert* an Präsident Milosevic, die Umsetzung der Verpflichtungen zu beschleunigen, die er in der gemeinsamen Erklärung von Moskau vom 16. Juni 1998 eingegangen ist;
12. *Fordert* die albanische Bevölkerung im Kosovo auf, in dem Bemühen um Schutz und Förderung ihrer Rechte auf jede Form von Gewalt, einschließlich terroristischer Maßnahmen, zu verzichten und diese zu verurteilen;
13. *Appelliert* an alle außenstehenden Parteien, die Bereitstellung von Mitteln, die Lieferung von Waffen und anderem Gerät oder die Unterweisung im Gebrauch letzterer zur Unterstützung von terroristischen Aktivitäten einzustellen;
14. *Anerkennt* die territoriale Integrität der FRY und anderer Staaten in der Region;
15. *Unterstützt* einerseits die Forderungen nach einer starken Autonomie für den Kosovo, bekräftigt andererseits jedoch erneut die Auffassung, daß die Grundsätze des Völkerrechts im Hinblick auf die Unverletzbarkeit der Grenzen und die territoriale Integrität der Staaten, so wie sie in der Schlußakte von Helsinki und allen in der Folge erstellten Dokumenten der OSZE verankert sind, im Falle der FRY und anderer Staaten in der Region geachtet werden sollten;
16. *Fordert* die Regierung der FRY sowie die Führer der albanischen Bevölkerung im Kosovo *dringend auf*, ernsthaft zu verhandeln, um eine friedliche und gerechte Lösung für diesen Konflikt zustandezubringen;
17. *Appelliert* an die Regierung der FRY, den Sondervertreter des amtierenden Präsidenten der OSZE zu empfangen, um den Verhandlungsprozeß zu fördern, und der Wiedereröffnung der Langzeitmission der OSZE in Kosovo, Sandjak und Vojvodina zuzustimmen;

18. *Bittet* die internationale Gemeinschaft, denjenigen Staaten in der Region und insbesondere Albanien zu helfen, die unter einem Zustrom von Flüchtlingen leiden, und den Flüchtlingen und anderen Opfern der Aggression im Kosovo humanitäre Hilfe zu gewähren;
19. *Appelliert* an den Sicherheitsrat der VN, eine Vereinbarung über die Fortführung des UN-DPREDEP-Mandats in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien herbeizuführen;
20. *Fordert* die Regierung der FRY *dringend auf*, ohne Behinderungen und weitere Verzögerungen die Umsetzung der Vereinbarung zwischen der FRY und der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien bezüglich der Demarkierung ihrer gemeinsamen internationalen Grenzen in die Praxis umzusetzen.
21. *Fordert* effiziente Maßnahmen, um zu verhindern, daß die zigtausenden albanischen Flüchtlinge aus dem Kosovo zu einer weiteren, dauerhaft vertriebenen Bevölkerung in Europa werden;
- die Untersuchung und Verfolgung von im Kosovo begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch das internationale Straftribunal für das frühere Jugoslawien;
- den unverzüglichen Abzug der serbischen Sonderpolizeieinheiten und das Ende der Operationen gegen die zivile Bevölkerung; und
- einen anhaltenden und uneingeschränkten Zugang für sämtliche humanitären Organisationen in den Kosovo.

Die Entwicklung der Strukturen, Institutionen und Perspektiven der OSZE

KAPITEL I (Politische Angelegenheiten und Sicherheit)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

22. *Anerkennend*, daß die OSZE aufgrund ihres umfassenden Wesens und ihrer umfassenden Mitgliedschaft in der breiter gefaßten Sicherheitsarchitektur Europas eine einzigartige Stellung einnimmt;
23. *Überzeugt*, daß nunmehr, da die OSZE auf den 25. Jahrestag ihrer Begründung zugeht, der angemessene Zeitpunkt für die Parlamentarische Versammlung gekommen ist, die Entwicklung der Institutionen und Strukturen der OSZE einer Bewertung zu unterziehen und konkrete Empfehlungen vorzulegen, um diese Werkzeuge und Instrumente in dem Maße weiter zu verfeinern, da wir um eine Förderung der unteilbaren Sicherheit und Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten bemüht sind;
24. Die Tatsache *betonend*, daß die Institutionen, Mechanismen und Instrumente der OSZE unter maximaler Ausschöpfung ihres Potentials genutzt werden sollten, um sicherzustellen, daß die OSZE ihre politische und operative Rolle und Aufgabe als ein vorrangiges Instrument zur Konfliktverhütung, zur Krisenbewältigung und zur Rehabilitation nach der Beendigung von Konflikten in vollem Umfang erfüllen kann;
25. *Anerkennend*, daß jedwede Bewertung der Institutionen und Strukturen der OSZE von der Erkenntnis ausgehen sollte, daß die Institutionalisierung als Prozeß erst im Jahre 1991 ernsthaft eingesetzt hat und sich nach wie vor in den Frühstadien ihrer Entwicklung befindet;
26. *Die Erkenntnis betonend*, daß eine der grundsätzlichen Herausforderungen, denen sich die Teilnehmerstaaten der OSZE gegenüber sehen, nach wie vor in der praktischen Umsetzung der in der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderer, im Konsenswege verabschiedeter Dokumente der OSZE enthaltenen Verpflichtungen und Grundsätze liegt. Dieser Herausforderung sollte dadurch begegnet werden, daß den Staaten, die in dieser Region auf Probleme stoßen, durch die weitere Entwicklung der bestehenden Instrumente und Mechanismen der Zusammenarbeit sowie durch die Schaffung neuer Instrumente Hilfe angeboten wird;
27. *Anerkennend*, daß die Bewältigung der Herausforderung der praktischen Umsetzung der Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE nicht die Schaffung neuer Institutionen und Strukturen voraussetzt, sondern daß vielmehr die bestehenden Werkzeuge und Ressourcen der OSZE im Bestreben um größere Leistungsfähigkeit weiterentwickelt werden sollten;
28. *Anmerkend*, daß jedwede Überprüfung der Institutionen und Strukturen der OSZE auf natürliche Weise auch eine Bewertung der Rolle und Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung

der OSZE und ihrer Arbeit beinhalten muß, die auf eine effiziente Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben durch die Erörterung der wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit der Organisation abzielt: Schaffung von Mechanismen zur Konfliktverhütung und -beilegung, Unterstützung der demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten der OSZE und Förderung der weiteren Entwicklung und des Ausbaus der institutionellen Strukturen der OSZE;

29. *Begrüßt* die durch den Lissabonner Gipfel der OSZE im Jahre 1996 ergriffene Initiative und den anschließenden Beschluß des Ministerrats in Kopenhagen vom 19. Dezember 1997, das Dokument/die Charta auszuformulieren;
30. *Würdigt* die Aktivitäten der OSZE im Berichtszeitraum;
31. *Begrüßt* die Stärkung der europäisch-atlantischen Beziehungen durch die Erweiterung der NATO einer auf den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit des einzelnen und Herrschaft des Rechts beruhenden Organisation auf eine Art und Weise, die mit dem souveränen Recht der Teilnehmerstaaten vereinbar ist, Bündnisverträgen beizutreten, wie dies unter Grundsatz Eins der Schlußakte von Helsinki gewährleistet wird.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

32. *Appelliert* an die Teilnehmerstaaten, aktiv an der weiteren Entwicklung der Organisation in allen Bereichen zu arbeiten;
33. *Appelliert* an alle Sicherheitsinstitutionen, ihre Zusammenarbeit auf eine Art und Weise auszubauen und zu intensivieren, die dem proklamierten Konzept einer hierarchiefreien Zusammenarbeit unter den sich gegenseitig verstärkenden Institutionen gerecht wird;
34. *Appelliert* an die Teilnehmerstaaten, die Fähigkeit der Organisation zu vertiefen, im Sinne einer aktiven, nach vorn gerichteten Politik der Krisenverhütung Maßnahmen zu ergreifen;
35. *Appelliert* an die Teilnehmerstaaten, konstruktive und ergebnisorientierte Gespräche über das Sicherheitsdokument/die Sicherheitscharta der OSZE aufzunehmen;
36. *Fordert* die Teilnehmerstaaten *dringend auf*, im Hinblick auf die wachsenden, an die OSZE gestellten Ansprüche der Organisation angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen, um sie zu befähigen, sich ihrer Aufgaben und Pflichten auf angemessene Weise zu entledigen;
37. *Drängt* insbesondere auf die Einrichtung einer anhaltenden Überwachung der Einhaltung der Grundsätze und Normen der OSZE, damit deren praktische Umsetzung zu einer grundsätzlichen und Routineaktivität der OSZE wird; hierzu gehört auch, daß dem Amtierenden Vorsitzenden die Autorität gewährt wird, einen angemessenen Überprüfungsmechanismus anzurufen;
38. *Fordert* den Amtierenden Vorsitzenden und den Ausschuß für das Sicherheitsmodell *dringend auf*, die Vorbereitung des Entwurfskonzepts für das Dokument/die Charta zu beschleunigen;
39. *Fordert* eine breit angelegte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion über die Charta sowie über das gemeinsame und umfassende Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert;
40. *Appelliert* an den Amtierenden Vorsitzenden, in dem Maße, in dem die Arbeiten an dem umfassenden und gemeinsamen Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert fortgeführt werden, eine Reihe von wichtigen Grundsätzen in diese Arbeit einzubeziehen, so wie die Parlamentarische Versammlung sie 1996 in ihrer Stockholmer Erklärung über Stellung und Aufgabe der OSZE in der Architektur der Sicherheit Europas für das 21. Jahrhundert empfohlen hat;
41. *Wiederholt* die früheren Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, das Prinzip des „annähernden Konsenses“ einzuführen, demzufolge die OSZE mit der Zustimmung einer Anzahl von Teilnehmerstaaten handeln kann, die sowohl 90 Prozent ihrer Mitglieder als auch der aufgewendeten Finanzbeiträge entspricht;
42. *Appelliert* an die Teilnehmerstaaten, welche die Schlichtungskonvention unterzeichnet haben, diese so schnell wie möglich zu ratifizieren, und appelliert an die OSZE, die den Teilnehmerstaaten bezüglich der Interventionsmechanismen und -verfahren des Schiedsgerichts zur Verfügung gestellten Informationen zu verbessern;
43. *Ruft* die Teilnehmerstaaten auf, die am 29. Mai 1995 in Genf eingerichtete Schlichtungsstelle mit ihrem flexiblen Verfahren als ein Instrument zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten einzuschalten und *appelliert* an sämtliche Staaten, die dies noch nicht getan haben, die Konvention zu unterzeichnen;
44. *Fordert* eine aktive Rolle der OSZE im Ausbau der Zusammenarbeit unter den internationalen Organisationen europäischer und euroatlantischer Ausrichtung, welche die moderne Sicherheitsarchitektur Europas begründen OSZE, NATO, Westeuropäische Union, Europäische Union und Europarat;
45. *Begrüßt* Entwicklungen jenseits der OSZE, mit Hilfe derer die Sicherheit in Europa und die euroatlantische Kooperation erhöht bzw. gefestigt werden sollen, einschließlich der Erweiterung der Europäischen Union, des Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen Europarat und OSZE, der laufenden Festigung der Partnerschaft für den Frieden, der Einrichtung des euroatlantischen Partnerschaftsrats sowie des Abschlusses der Gründungsakte zwischen NATO und Rußland, der Charta zwischen NATO und Ukraine sowie der Charta zwischen USA und baltischen Staaten;

46. *Drängt* auf eine Förderung regionaler Initiativen mit dem Ziel von Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit in Europa und auf einen Ausbau der Zusammenarbeit der OSZE mit den an derartigen Initiativen beteiligten Ländern;
47. *Fordert* eine weitergehende Berücksichtigung der möglichen Ausweitung von Aufgabe und Rolle der OSZE in an den Bereich der OSZE angrenzenden geographischen Regionen auf der Grundlage bestehender Kontakte mit den Partnern für die Zusammenarbeit;
48. *Fordert* die Fortführung und Intensivierung des Dialogs mit den Partnern im Mittelmeerraum;
49. *Empfiehlt*, die das Mittelmeer betreffende Dimension der Sicherheit in dem Entwurf für das Dokument/die Charta für die Sicherheit Europas zu berücksichtigen, um eine Festigung der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten im Mittelmeerraum zu ermöglichen;
50. *Drängt* den Ministerrat der OSZE, die Rolle der OSZE als regionale Organisation in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auszubauen;
51. *Drängt* den Ministerrat der OSZE, anlässlich seiner Beratungen über mögliche Wege zur Stärkung der bestehenden OSZE-Institutionen und -Strukturen zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die nachstehenden Empfehlungen zu prüfen, wobei zu bedenken ist, daß die OSZE eine der wichtigsten internationalen Organisationen ist, die im Bereich der Konfliktverhütung, der Frühwarnung und der präventiven Diplomatie tätig sind:
- 51.1 Es sollte eine Ausweitung derjenigen Umstände erwogen werden, unter denen der bestehende Entscheidungsmechanismus „Konsens minus eins“ greifen soll, um unter anderem auch die Verabschiedung von Haushalten, die Dislozierung von Missionen und die Auswahl von leitenden Mitarbeitern einzubeziehen;
- 51.2 Es sollte als Priorität eine Stärkung der koordinierenden Funktion der OSZE in der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen erwogen werden, wobei allerdings die Flexibilität und Effizienz der OSZE-Operationen bewahrt werden sollte;
- 51.3 Es sollte im Hinblick auf die neuen Bedrohungen für die Sicherheit an eine Aufgabe für die OSZE gedacht werden: internationales Verbrechen, Terrorismus, Extremismus, lokale Konflikte, Umweltkatastrophen und nukleare Risiken; es sollten die Entwicklung angemessener vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in diesen Bereichen erwogen werden;
- 51.4 Es sollte die Schaffung eines leistungsfähigen Mechanismus erwogen werden, um Konfliktparteien unter der Ägide der OSZE in direkte Gespräche einzubinden, die als effektivster Ansatz zu sehen sind, um auf friedlichem Wege Vereinbarungen zu erzielen und Probleme abschließend beizulegen;
- 51.5 In dem Maße, in dem die OSZE bestrebt ist, ihre Möglichkeiten in den Bereichen Frühwarnung und Konfliktverhütung auszubauen, sollte sie die Notwendigkeit ausreichend berücksichtigen, auch Akteure auf der Ebene unterhalb der Staaten in Reaktionen auf potentielle Konflikte innerhalb von Staaten einzubinden;
- 51.6 Es soll an die große Bedeutung erinnert werden, welche die Versammlung der regelmäßigen, mindestens alle zwei Jahre vorzusehenden Durchführung von Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs beimißt;
- 51.7 Es sollten Überprüfungskonferenzen veranstaltet und so durchgeführt werden, daß gewährleistet werden kann, daß es in einer nicht durch zahllose ordentliche Tagungen und Aktivitäten der OSZE behinderten Atmosphäre zu einer gründlichen Implementierungsdiskussion kommt, um seitens jedes einzelnen Teilnehmerstaats und während der gesamten Konferenz eine hochrangige Beteiligung zu gewährleisten;
- 51.8 Es sollten unterstützende Veranstaltungen in Form eines verstärkten Ständigen Rates stattfinden, sofern dies durch besonders wichtige Fragen gerechtfertigt ist;
- 51.9 Es sollte jede Anstrengung unternommen werden, um der OSZE ihre Flexibilität zu erhalten; dazu ist die Arbeit des Sekretariats zu verbessern und ist gleichzeitig eine Bürokratisierung und Politisierung dieses wichtigen Verwaltungsgremiums zu vermeiden;
- 51.10 Es sollten Verfahren für die Einstellung und Qualifikationsnormen für leitende Positionen im Sekretariat eingerichtet werden; dies wird die Zusammenstellung eines hochgradig qualifizierten und professionellen Stabes von festen Mitarbeitern gewährleisten. Die Frage des Geschlechts sollte bei jeder Einstellung von Mitarbeitern berücksichtigt werden. Die wichtigste und entscheidende Überlegung bei der Einstellung von Mitarbeitern und bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen sollte der Notwendigkeit gelten, in puncto Effizienz, Kompetenz und Integrität die absolut höchsten Normen zu erfüllen. Dabei sollte die Notwendigkeit angemessen berücksichtigt werden, Mitarbeiter auf einer möglichst breiten geographischen Basis zu engagieren;

- 51.11 Es sollten innerhalb der Institutionen und Strukturen der OSZE klare Richtlinien aufgestellt werden, durch welche politische Richtungsentscheidungen deutlich von der Verantwortung für ihre praktische Umsetzung getrennt werden können; ebenso sollten Richtlinien für die funktionale Trennung administrativer Aufgaben, Entscheidungen und Überwachungsfunktionen innerhalb des internationalen Sekretariats geschaffen werden;
- 51.12 Die wichtige Arbeit des Verbindungsbüros für Mittelasien sollte dadurch verstärkt werden, daß ausreichende Personalmittel bereitgestellt werden und die Einrichtung von Unterbüros geprüft wird. Darüber hinaus sollte erwogen werden, sich den Vorteil des Sachverständs der OSZE-Parlamentarier bei in der Region durchzuführenden Ausbildungsprogrammen zunutze zu machen;
- 51.13 Die Parlamentarische Versammlung der OSZE und ihre Mitglieder sollten eine relevante Rolle bei Seminaren und Aktivitäten im Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung des Programms für koordinierte Unterstützung spielen;
- 51.14 Die Unterstützung der OSZE-Missionen sollte durch die Einrichtung eines Systems zur Einstellung von Mitarbeitern für den Dienst auf Missionen verstärkt werden. Die Frage des Geschlechts sollte bei sämtlichen Einstellungen von Mitarbeitern für Missionen berücksichtigt werden, und es sollte die Beteiligung einer größeren Zahl von weiblichen Mitarbeitern gefördert werden. Sämtliche Mitglieder von Missionen sollten eine angemessene Ausbildung erhalten, um sie auf den Dienst vor Ort vorzubereiten, wozu auf zentrale Weise auch die Unterweisung bezüglich der bestehenden Verpflichtungen der OSZE gehört. Ein mobiles Ausbildungsteam könnte dazu beitragen, diese wesentliche Aufgabe zu erleichtern. In derartigen Ausbildungsteams sollten Frauen vertreten sein, um zu gewährleisten, daß die Erfahrung der Frauen ebenso wie diejenige der Männer berücksichtigt wird. Darüber hinaus betont die OSZE die Notwendigkeit seitens der Teilnehmerstaaten, Sachverständige im Bereich der Krisenverhütung auszubilden, und sie ermutigt die Teilnehmerstaaten, für internationale Friedensmissionen zivile Friedensdienste einzurichten;
- 51.15 Es sollten Richtlinien eingerichtet werden, gemäß derer OSZE-Missionen abzuschließen sind;
- 51.16 Entsprechend den Zielen der OSZE im Sinne einer größeren Transparenz ist es für die OSZE wünschenswert, ihre Politik der Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien zu intensivieren, was auch für die Tagungen des Forums für die Sicherheitszusammenarbeit gilt;
- 51.17 Die OSZE sollte eine umfassende Prüfung der bestehenden VSBM vornehmen, um deren weitere Verfeinerung und mögliche Verstärkung gegenüber den bestehenden Maßnahmen zu erwägen, um sie für das heutige Sicherheitsumfeld in Europa bedeutsamer werden zu lassen; hierzu gehören möglicherweise unter anderem: ein regelmäßiger Austausch von Informationen über Größe, Zusammensetzung und Standort interner Sicherheitskräfte, ein regelmäßiger Informationsaustausch über auf fremdem Staatsgebiet stationierte Streitkräfte und grenzüberschreitende Bewegungen, die Einrichtung von regionalen und subregionalen VSBM, um die regionale Stabilität zu erhöhen, sowie ein detaillierterer Informationsaustausch über qualitative und strukturelle Aspekte der nationalen Streitkräfte;
- 51.18 In Anerkennung der bedeutenden Rolle, welche die Nichtregierungsorganisationen (NGO) zur Beförderung der Ziele der OSZE spielen können, sollte jede Anstrengung unternommen werden, um die Kontakte und Interaktionen zwischen den OSZE-Institutionen und den NGO zu verstärken;
- 51.19 Die Teilnehmerstaaten sollten die Gespräche über Vorschläge zur Einrichtung eines Netzes von Nichtregierungs-Forschungsinstitutionen intensivieren; ein solches Netz könnte als OSZE-Akademie oder als OSZE-Institut für kooperative Sicherheit bezeichnet werden und zum Nutzen sämtlicher Teilnehmerstaaten und ihrer Bevölkerung tätig werden;
- 51.20 Die Teilnehmerstaaten sollten ermutigt werden, sich die Gelegenheit zunutze zu machen, OSZE-bezogene Erklärungen auf der offiziellen Internet Homepage der OSZE abzugeben;
- 51.21 Die Teilnehmerstaaten sollten ermutigt werden, bei der frühestmöglichen Gelegenheit den in Ottawa im Dezember 1997 unterzeichneten Vertrag gegen personengerichtete Landminen zu ratifizieren;
- 51.22 Die OSZE sollte sich in einem höheren Maß der in dem Moskauer Dokument über die Gleichheit von Mann und Frau aus dem Jahre 1991 enthaltenen Grundsätze und Verpflichtungen annehmen und das Potential der Frauen im Hinblick auf Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie Demokratisierung besser nutzen. Die Teilnehmerstaaten sollten in verstärktem Maße bei der Einstellung von OSZE-Mitarbeitern und bei der Besetzung der Spitze von Missionen auf Frauen zurückgreifen;

52. *Appelliert* an die Parlamente der Teilnehmerstaaten der OSZE, direkte Beziehungen zu ihrem jeweiligen Außenministerium im Hinblick auf die Vorbereitung des nationalen Beitrags zu dem Ministerrat der OSZE (ex ante) und die parlamentarische Erörterung der Ergebnisse der Ministerräte herzustellen;
53. *Appelliert* an den Amtierenden Vorsitzenden als Vertreter des Rats, der Versammlung spätestens zwei Monate vor ihrer Jahresversammlung einen Bericht mit einer politischen und finanziellen Beurteilung der Aktivitäten der OSZE während der zurückliegenden zwölf Monate sowie einen allgemeinen Plan mit den Prioritäten für die Aktivitäten der OSZE in den nächsten zwölf Monaten zu übermitteln;
54. *Fordert* eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen OSZE und Europarat auf allen Ebenen unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Kompetenzen der beiden Organisationen und
55. *Empfiehlt* den Abschluß von Vereinbarungen zwischen den zwei Organisationen, um die komparativen Vorteile jeder Organisation besser zu nutzen und den Grundsatz der „Leitbehörde“ zu stärken (eine Organisation koordiniert die gemeinsame Aktion von mehreren Organisationen).

KAPITEL II

(Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

56. *Räumt* die unzureichende Entwicklung der OSZE-Aktivitäten in der wirtschaftlichen Dimension sowie die relative Vernachlässigung von Themen aus Umwelt, Wissenschaft und Technologie, insbesondere auf Regierungsebene ein;
57. *Merkt an*, daß das Wirtschaftsforum bei der Gestaltung von Richtlinien für die wirtschaftliche Dimension der OSZE eine wesentliche Rolle spielen sollte;
58. *Ist sich* allerdings *bewußt*, daß das dem Koordinator der Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE durch den Lissabonner Gipfel von 1996 übertragene Mandat eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die wirtschaftliche Komponente bei der Definition der allgemeinen Sicherheitslage, insbesondere auf regionaler Ebene, signalisiert hat;
59. *Merkt darüber hinaus an*, daß die Parlamentarische Versammlung zum Ausbau der institutionellen Strukturen der OSZE sowie zur praktischen Umsetzung der Ziele der OSZE in der wirtschaftlichen Dimension durch eine Verstärkung der demokratischen Repräsentativität in dieser OSZE-Institution beigetragen hat;
60. *Unterstreicht* die Notwendigkeit, daß Umweltverpflichtungen das Verhalten der Teilnehmerstaaten im Hinblick auf ihre Energie- und insbesondere ihre Kernkraftprogramme leiten und bedingen sollten und daß die Staaten die Anliegen und das Wohlergehen ihrer Bewohner sowie derjenigen der Nachbarstaaten im Auge haben sollten;
61. *Erinnert* daran, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE die Durchführung von Veranstaltungen wie der Parlamentarierkonferenz über die Wirtschaftszusammenarbeit auf subregionaler Ebene in Monaco in jüngerer Zeit einen neuen regionalen Ansatz im Umgang mit Wirtschafts- und Umweltfragen gefördert hat;
62. *Ist* angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit in der Region der OSZE *besorgt*;
63. *Ist überzeugt*, daß transnational operierende Verbrecherorganisationen einen erheblichen, destabilisierenden Einfluß auf die Wirtschafts- und demokratischen Institutionen ausüben und mit ihrer Aktivität die Wirtschaftsbeziehungen schädigen und die Sicherheit stark gefährden;
64. *Betont*, daß Verbrecherorganisationen Schäden unterschiedlicher Art für das Wirtschaftsleben, oftmals mit ernsthaften Auswirkungen auf die Gesamtsicherheit, verursachen;
65. *Anerkennt*, daß kriminelle Mafiaorganisationen und Korruption zwei eng miteinander verknüpfte Phänomene sind, welche die Wirtschaft, die öffentliche Verwaltung, den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmen und die Transparenz der Märkte ernsthaft gefährden können;
66. *Unterstreicht*, daß die gefährlichsten, im Gebiet der OSZE operierenden Verbrecherorganisationen vom Wesen her transnational sind und daß ihr Einfluß aufgrund der Globalisierung der Finanzmärkte zunimmt;
67. *Berücksichtigt* die besondere Situation und die Interessen der Volkswirtschaften im Übergang und die Schlußfolgerungen des soeben veranstalteten sechsten Wirtschaftsforums bezüglich der zunehmenden Interdependenz von politischer, wirtschaftlicher und energiebezogener Sicherheit in Europa sowie die Schlußfolgerungen aus der Konvention von Aarhus.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

68. *Fordert* die Institutionen der OSZE auf, entsprechend den im Dokument von Lissabon niedergelegten Prinzipien die sich aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und Umweltproblemen für die Sicherheit ergebenden Gefahren herauszuarbeiten, ihre Ursachen zu erörtern und ihre möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit einer Bewertung zu unterziehen;
69. *Fordert*, daß die OSZE-Institutionen ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen verbessern, um Überschneidungen bzw. Leerlauf bei einzelnen Aktivitäten der sich mit wirtschaftlichen und Umweltfragen befassenden, internationalen Institutionen zu vermeiden;
70. *Empfiehl*t, konkrete Schritte zu ergreifen, um das Frühwarnsystem mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Indikatoren einzurichten, die eine direkte Beziehung zur Sicherheit haben, so wie dies anlässlich der Prager Tagung des Wirtschaftsforums 1996 angeregt wurde;
71. *Appelliert* an den Koordinator für die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, die Fragen der Wirtschafts- und Sozialreform in den Volkswirtschaften im Übergang in seine allerersten Prioritäten einzuordnen, um den Reformprozeß in den betreffenden Ländern zu unterstützen, deren vollständige Integration in die Weltwirtschaft auf gleicher Basis und ohne Diskriminierung zu fördern und deren zügige Aufnahme in globale und regionale Wirtschafts- und Handelsorganisationen nach denselben Bedingungen wie für die anderen Mitglieder und Teilnehmer voranzubringen;
72. *Appelliert* darüber hinaus an den Koordinator, die Verantwortung für die Schaffung eines breit gespannten Netzwerks zu übernehmen, das auf den Fähigkeiten aller einschlägigen OSZE-Institutionen einschließlich Langzeitmissionen aufbauen sollte, wodurch sicherzustellen wäre, daß dringliche Informationen die OSZE-Gremien und -Institutionen ohne Verzögerungen erreichen, insbesondere den Ständigen Rat, den Amtierenden Vorsitzenden und den Generalsekretär;
73. *Drängt eindringlich* auf eine Stärkung der Position des Koordinators, um es diesem zu ermöglichen, als Bindeglied zwischen den zentralen Institutionen der OSZE und den vor Ort operierenden OSZE-Strukturen zu fungieren, indem z. B. den Langzeitmissionen der OSZE ein erweitertes Mandat auch unter Einschluß von Umweltfragen übertragen wird;
74. *Fordert* von dem Koordinator des weiteren, auch die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Richtlinien des Wirtschaftsforums dem Ständigen Rat zur Kenntnis gebracht werden, und daß der Koordinator jährlich an den Allgemeinen Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt der Parlamentarischen Versammlung berichtet;
75. *Verlangt* eine Stärkung des Mitarbeiterstabes sowie der dem Koordinator überlassenen finanziellen und technologischen Mittel, um dessen operative Möglichkeiten in den einzelnen geographischen Gebieten zu verbessern, die in seinem Bereich liegen;
76. *Empfiehl*t, die Institutionen der OSZE sollten einen stärker regionalen Ansatz im Umgang mit Wirtschaftsfragen erreichen, wie dies während der erfolgreichen Konferenz über die subregionale Wirtschaftszusammenarbeit in Monaco hervorgehoben wurde, indem langfristige Projekte der Zusammenarbeit mit den zahlreichen regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen gefördert werden;
77. *Fordert* die Institutionen der OSZE und allgemein die Regierungsseite *auf*, die Parlamentarische Versammlung aktiver in die Entscheidungsprozesse bezüglich der wirtschaftlichen Dimension einzubeziehen und deren Anregung zu einer Wirtschaftscharta der OSZE angemessen zu berücksichtigen;
78. *Fordert* die Einbeziehung der Arbeitslosigkeit und der zur Lösung dieses schwerwiegenden Problems angeregten Wege in den Katalog der Themen, mit denen der Koordinator sich in seinen Konsultationen mit internationalen Wirtschaftsorganisationen beschäftigt;
79. *Verlangt* ferner, der Koordinator solle die Armut in breiten Schichten der Gesellschaft als einen möglichen destabilisierenden Faktor auf nationaler ebenso wie auf regionaler Ebene betrachten und sich mit besonderer Betonung der Probleme der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Entwicklung eines leistungsfähigen Sozialversicherungssystems in den Volkswirtschaften im Übergang annehmen;
80. *Fordert* die Institutionen der OSZE und insbesondere die Parlamentarische Versammlung selbst *auf*, eine spezifische Diskussion zum Thema der Arbeitslosigkeit und ihrer Auswirkungen auf die allgemeine Sicherheit einzuleiten, um Indikatoren für ein Frühwarnsystem im Sicherheitsbereich herauszuarbeiten und dafür zu sorgen, daß die durch andere Wirtschaftsorganisationen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammengetragenen Daten einfacher zugänglich werden;
81. *Fordert* die Teilnehmerstaaten *auf* sicherzustellen, daß Regeln und Vorschriften für die Beschäftigung rechtliche Garantien gegen Diskriminierung auf der Grundlage von Geschlecht, Rasse, Religion oder gleich welchen anderen Gründen bieten;
82. *Empfiehl*t, die Parlamentarische Versammlung solle Diskussionen zur Vorbereitung eines „Um-

- welt-Verhaltenskodex" einleiten, der durch die Teilnehmerstaaten verabschiedet werden sollte;
83. *Fordert* auf der Grundlage der Schlußfolgerungen der Parlamentarierkonferenz von Monaco die dringliche Förderung der subregionalen Zusammenarbeit und des grenzüberschreitenden Austauschs, insbesondere im Bereich von Umweltproblemen, die ein zunehmend grenzüberschreitendes Wesen aufweisen;
84. *Fordert* die Regierungen *dringend auf*, die Zusammenarbeit von Justiz- und Vollzugsbehörden zu unterstützen, da dies eine effiziente Antwort auf das organisierte internationale Verbrechen ist, und dabei insbesondere auf die Entwicklung von geeigneten und homogenen Rechtsinstrumenten zu achten;
85. *Appelliert* an die Regierungen der Teilnehmerstaaten der OSZE, als gemeinsame Ziele die folgenden zu betrachten:
- den Kampf gegen das internationale Betrugswesen;
 - die Zusammenarbeit der Justizbehörden sowohl in zivilen als auch in strafrechtlichen Angelegenheiten;
 - die Zusammenarbeit der Polizei, um das organisierte Verbrechen und sämtliche Formen des illegalen Handels und Schmuggels zu vermeiden und zu bekämpfen;
 - den Informationsaustausch innerhalb von Interpol oder einer europäischen Polizeibehörde sowie
 - den Kampf gegen die Steuerflucht;
86. *Appelliert* an die OSZE-Institutionen, einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen internationalen und subregionalen Organisationen im Bereich des grenzüberschreitenden Verbrechens den Weg zu ebnen;
87. *Fordert* die Schaffung eines Rechtsraums im Bereich der OSZE, in dem die bestehenden Hindernisse für eine internationale Durchsetzung des Rechts und eine Zusammenarbeit der Justizbehörden abgeschafft werden und in dem die Vertreter der Ermittlungsbehörden dementsprechend in der Lage sind, die für ihre Untersuchungen erforderlichen Informationen direkt auszutauschen und ihre Erkenntnisse den Behörden jenseits der Grenzen zur Verfügung zu stellen, sofern diese rechtliche Anfragen mit der Bitte um diese Informationen vorlegen. Bei diesem Prozeß sind allerdings die rechtlichen Traditionen der einzelnen Teilnehmerstaaten zu beachten;
88. *Empfiehl*t, die Informationen über die besonderen Gefahren krimineller Organisationen in die Liste derjenigen Indikatoren einzureihen, welche der Koordinator im Rahmen eines Frühwarnsystems bezüglich der wirtschaftlichen Sicherheit zu überwachen beauftragt ist;
89. *Ermutigt* die nationalen Parlamente, bei der Förderung eines Prozesses der Harmonisierung der jeweiligen Politik gegen Korruption und organisiertes Verbrechen innerhalb der OSZE eine besondere Rolle zu spielen und dazu gesetzgeberische und administrative Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Phänomene anzuregen und die öffentliche Diskussion über die Bedrohung durch das organisierte Verbrechen zu fördern;
90. *Empfiehl*t die Ratifizierung der Konvention des Europarats über Geldwäsche, Fahndung nach und Beschlagnahme von Erlösen aus verbrecherischen Aktivitäten sowie die praktische Umsetzung einer verbesserten Polizeizusammenarbeit zum Vollzug der Konvention in den Gebieten, wo dies noch nicht geschehen ist;
91. *Fordert* die unverzügliche Umsetzung des Vertrags über die Energiecharta durch sämtliche Unterzeichnerstaaten, wodurch ein Beitrag zur Erhöhung der Energiesicherheit in der OSZE-Region durch Verbesserung des Investitionsklimas, Förderung eines uneingeschränkten Energiestroms und Sicherung des Energietransitverkehrs geleistet würde. Die Entwicklung von Energie, die Stromerzeugung und der Ausgleich zwischen Energiebedarf und Umweltschutz sollten im Rahmen eines kooperativen Ansatzes weiterverfolgt werden;
92. *Appelliert* an die Teilnehmerstaaten, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um den Entwurf einer Charta zur Sicherheit Europas zu erstellen, in der die wirtschaftliche Dimension im Rahmen des allgemeinen Konzepts einer umfassenden und unteilbaren Sicherheit für das Europa des 21. Jahrhunderts einen vorrangigen Stellenwert einnehmen sollte;
93. *Erinnert* an die Bestimmung in der Charta von Paris bezüglich der Konferenzen anderer Minister und *drängt* die Teilnehmerstaaten dazu, die Einberufung einer Ministertagung zu erwägen, bei der praktische Formen der Zusammenarbeit zum Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen geprüft werden könnten;
94. *Drängt* die OSZE, Konsultationen mit der Privatwirtschaft, sowohl mit den Unternehmern als auch den Arbeitnehmervertretern, einzubeziehen und deren Anwesenheit beim Wirtschaftsforum und dessen Follow-up-Seminaren zu fördern.

KAPITEL III

(Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen)**Die Parlamentarische Versammlung der OSZE**

95. *Ermutigt* durch die anhaltenden Erfolge der Arbeit der OSZE-Missionen und ihren Beitrag zur Überwachung und Umsetzung der Verpflichtungen aus der Menschlichen Dimension;
96. *Unterstützt* nachdrücklich die Arbeit von Männern und Frauen, die an OSZE-Missionen und -Diensten sowie anderen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Menschlichen Dimension beteiligt sind;
97. *Merkt an*, daß es auf die Entscheidung, derzufolge eine Mission in einem bestimmten Gebiet erforderlich ist, keinerlei Mechanismus gibt, mit Hilfe dessen von vornherein die verschiedenen Ressourcen definiert werden könnten, welche für die Mission verfügbar zu machen sind;
98. *Unterstützt* die Anstrengungen des ODIHR um eine Stärkung und Neubelebung der Aktivitäten der OSZE in bezug auf die Menschliche Dimension und eine Überprüfung der praktischen Umsetzung der Menschlichen Dimension;
99. *Besorgt*, daß die finanzielle Ausstattung des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und des Vertreters für die Freiheit der Medien im Verhältnis zum Umfang ihrer Aufgaben gering ist;
100. *Unterstreicht* die Notwendigkeit, den Menschenrechten für Roma und Sinti eine höhere Aufmerksamkeit zu schenken und dabei die durch den Europarat unternommenen Aktionen zu berücksichtigen;
101. *Beunruhigt* darüber, daß die bestehenden Überprüfungssysteme unzureichend sind, um die praktische Verwirklichung der Prinzipien der OSZE durch die Teilnehmerstaaten zu gewährleisten;
102. *Vermerkt* die Tatsache, daß es bestimmten Regierungen nicht gelungen ist, die Empfehlungen des ODIHR im Hinblick auf ihre Wahlpraktiken in die Praxis umzusetzen;
103. *Betont*, daß in dem Maße, da ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Rechte integrierender Bestandteil der Menschlichen Dimension der OSZE sind, die Bewahrung von religiösen und kulturellen Denkmälern und Einrichtungen, insbesondere in den Risiko- oder Konfliktgebieten im Raum der OSZE die erforderliche Bedeutung eingeräumt bekommen muß und im Rahmen der OSZE Aktivitäten im Hinblick auf den Schutz der Rechte im Zusammenhang mit der Menschlichen Dimension behandelt werden müsse;

104. *Erinnert* an die Verpflichtungen der OSZE bezüglich der Gleichheit zwischen Männern und Frauen, so wie diese in dem Dokument der Moskauer Tagung von 1991 und in der durch die Weltfrauenkonferenz in Peking verabschiedeten Plattform dargelegt sind;
105. *Drückt* seine Unterstützung für die Empfehlungen des ODIHR-Seminars von Oktober 1997 über „Die Rolle der Frau in der Gesellschaft“ aus;
106. *Betont* die Bedeutung der Beteiligung und des Beitrags von Frauen in den Bereichen der Demokratisierung und der Verhütung und Lösung von Konflikten.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

107. *Appelliert* an die Regierungen, sie mögen mit den OSZE-Missionen kooperieren und diese auf vollständigere Weise unterstützen;
108. *Regt* die Schaffung eines Mechanismus an, um zu überprüfen, ob die Bedürfnisse und Erfordernisse einer OSZE-Mission über deren Mittelausstattung hinausgewachsen sind und um diese Mittel erforderlichenfalls aufzustocken;
109. *Regt an*, unter den Kriterien für eine Entscheidung zugunsten finanzieller Prioritäten für eine Mission in einem bestimmten Land auch die Frage zu berücksichtigen, ob dieses Land Zuwendungen und/oder Mittel seitens anderer internationaler Akteure bezieht;
110. *Betont*, daß eine OSZE-Mission als der zentrale Bestandteil der OSZE-Präsenz in einem Lande fungieren sollte;
111. *Drängt darauf*, daß die Regierungen die in den Wahlbeobachtungsberichten des ODIHR ausgesprochenen Empfehlungen praktisch umsetzen sollen;
112. *Regt an*, einen effizienten Mechanismus für die Weiterbearbeitung der in den jeweiligen Wahlbeobachtungsmissionen erarbeiteten Empfehlungen zu entwickeln. Diese Nachbearbeitung sollte in Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen dem ODIHR und der Regierung des jeweiligen Landes erfolgen, wozu auch gehört, neue Demokratien bei der Umsetzung der Empfehlungen der Wahlbeobachtungsmissionen im Rahmen ihres Wahlsystems und ihrer Wahlpraktiken zu unterstützen;
113. *Empfiehlt*, die parlamentarischen Institutionen einschließlich der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, des Europäischen

- Parlaments und der Nordatlantischen Versammlung sollten ihre Kooperation in der Wahlbeobachtung intensivieren, und es sollte eine geeignete Arbeitsteilung zwischen den parlamentarischen und den Regierungsinstitutionen entwickelt werden; hierzu gehört auch die Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Unterstützung bei der Durchführung von Wahlen einerseits und Beurteilung der Qualität und des fairen Charakters dieser Wahlen andererseits;
114. *Ersucht* die OSZE zu erwägen, auf die Tagesordnung der Ministerräte bzw. der Ständigen Räte auch ungelöste Fragen im Zusammenhang mit ethnischen Minoritäten auf Empfehlung des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten zu setzen;
115. *Drängt darauf*, die Budgets für den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und den Vertreter für die Freiheit der Medien aufzustocken;
116. *Appelliert* an die Teilnehmerstaaten der OSZE, ein höheres Maß an Aufmerksamkeit und an Mitteln, unter anderem für das ODIHR und den Ständigen Rat, bereitzustellen, um zu gewährleisten, daß die Menschenrechte der Roma und Sinti in vollem Maße geachtet werden;
117. *Betont* die große Bedeutung gesteigerter Anstrengungen zur Verbesserung der Lage der Roma- und Sinti-Bevölkerungen mit Hilfe der Benennung eines leitenden Verantwortlichen im ODIHR, der sich allein auf diese Frage konzentrieren soll;
118. *Regt* die Einbeziehung der geeigneten Nichtregierungsorganisationen in dem Implementierungsprozeß auf sämtlichen Ebenen an;
119. *Fordert* die OSZE *dringlich auf*, den Gedanken der Gleichheit der Geschlechter in all ihre Aktivitäten einzubringen, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung der geeigneten Mechanismen auf leitender Ebene, und diese Anstrengungen entsprechend zu koordinieren;
120. *Appelliert* an den Ministerrat, sämtliche OSZE-Institutionen anzuweisen, effiziente Schritte zu unternehmen, um die Implementierung der unterbreiteten Empfehlungen sicherzustellen; dies gilt insbesondere für diejenigen Empfehlungen, die sich auf die uneingeschränkte Beteiligung von Frauen an den Aktivitäten der OSZE, u. a. auch auf Entscheidungsebene, beziehen;
121. *Betont* die große Bedeutung einer Stärkung der interinstitutionellen und strukturellen Verbindungen zwischen dem ODIHR, dem Vertreter für die Freiheit der Medien und dem Ständigen Rat der OSZE;
122. *Ruft dazu auf*, Fragen der Menschlichen Dimension zum Gegenstand eines Hauptteils des zukünftigen Dokuments/der Charta über die Sicherheit Europas zu machen;
123. *Empfiehl*t, die Implementierung von Aspekten der Menschlichen Dimension solle auf der Tagesordnung des Ständigen Rats der OSZE zu einem Gegenstand unverzüglicher Aufmerksamkeit gemacht werden.

Entschließung über eine Wirtschaftscharta für die OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

1. In dem Bewußtsein um den umfassenden Ansatz der OSZE in Sicherheitsangelegenheiten, um die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Faktoren für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie um die Sicherheitsgefahren, die sich aus krisenträchtigen Entwicklungen in diesen Bereichen ergeben können;
2. Aufbauend auf den Grundsätzen in dem Bonner Dokument von 1990 für eine Strategie der Reform im Sinne eines freien Markts auf der Basis von Pluralismus und Herrschaft des Rechts für die Länder im Übergang, für gemeinsame Verhaltensnormen, für die Beziehungen zwischen Unternehmen und das Investitionsgeschehen sowie für die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten;
3. An die Notwendigkeit glaubend, einen Wirtschaftsraum von Vancouver bis Wladiwostock zu schaffen, der gemeinsamen Grundsätzen und Werten verpflichtet ist. Die Schaffung eines solchen Wirtschaftsraums wird jetzt möglich, da die konkrete Konfrontation und die Konflikte zwischen den Systemen überwunden sind und im Hinblick auf die signifikanten Fortschritte, die in den Ländern im Übergang bei der Umstrukturierung ihrer Volkswirtschaften erzielt wurden;
4. Anerkennend, daß die Teilnehmerstaaten der OSZE in einem ständig zunehmenden Maße vor denselben Herausforderungen stehen, die sich insbesondere aus dem Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung, aus der Notwendigkeit neuer und sicherer Arbeitsplätze, aus den Auswirkungen der Umweltverschmutzung sowie aus der Lage der jeweiligen Bevölkerungen in puncto sozialer Sicherheit ergeben;
5. Appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten der OSZE, die nachstehenden Erwägungen in den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Dimension der OSZE aufbauend auf dem Dokument der Bonner Konferenz von 1990 und dem Lissabonner Dokument von 1996 einzubeziehen;

I. Vereinbarung über eine Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der OSZE auf der Grundlage gemeinsamer Grundsätze:

6. In ihrer wirtschaftlichen Dimension hängen Sicherheit und Zusammenarbeit in einem hohen Maße davon ab, daß Vertrauen in zuverlässige und transparente Regeln für die politische und wirtschaftliche Aktivität all derer besteht, die in den wirtschaftlichen Prozessen eine Rolle spielen. Diese Regeln beinhalten unter anderem:
7. Das Vertrauen in eine zuverlässige Marktwirtschaft, die sich sozial und umweltbezogen verantwortlich verhält und einem starken Wirtschaftswachstum, der Stabilität des Geldes, einer hohen Beschäftigung, ausgewogenen öffentlichen Haushalten sowie einem ausgewogenen Außenhandel verpflichtet ist. Die **Parlamentarische Versammlung** der OSZE appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, bei der Ausarbeitung ihrer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre Wirtschaftspolitik sowohl an dem Erreichen der genannten Ziele zu orientieren als auch an der Schaffung der dafür erforderlichen (strukturellen) Voraussetzungen. Dazu gehört, daß Preise gemäß den Erfordernissen des Markts festgesetzt werden können, daß zuverlässige Besitzverhältnisse geschaffen werden, daß es für wirtschaftlichen Wettbewerb und Umweltnormen entsprechende Sicherheitsvorkehrungen gibt und daß die Entwicklung des Mittelstandes und des Dienstleistungssektors gefördert wird. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die internationalen Wirtschaftsorganisationen, die Teilnehmerstaaten auf dem Wege zu diesen Zielen zu unterstützen;
8. Das erforderliche Vertrauen in die Rechtssicherheit, ohne die jede wirtschaftliche Aktivität mit schwer zu kalkulierenden Risiken befrachtet ist. In dem Bewußtsein um die Bedeutung eines zuverlässigen gesetzlichen Rahmens appelliert die **Parlamentarische Versammlung** an die internationalen Wirtschaftsorganisationen und insbesondere an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), ihre Anstrengungen fortzusetzen, um rechtliche Beratung anzubieten und Modelltexte für eine Wirtschaftsgesetzgebung auszuarbeiten, einen minimalen Standardkorpus an wirtschaftlich relevanten Gesetzestexten auszuarbeiten und auf Ersuchen über den Zustand der gesetzlichen Bedingungen für die wirtschaftliche Aktivität in den OSZE-Staaten zu berichten. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die Teilnehmerstaaten, im Bereich des Wirtschaftsrechts den bestehenden internationalen Konventionen beizutreten;
9. Die **Parlamentarische Versammlung** vermerkt mit Sorge die Auswirkungen des organisierten Verbrechens und der Korruption auf die Wirtschaftsaktivität sowie die Gefahren, die sich daraus für die Zusammenarbeit und die Sicherheit in Europa ergeben. In einem zunehmenden Maße wird das organisierte Verbrechen zu einer Bedrohung gegen die Gesellschaft und gegen die Rechtsnormen, auf denen sie fußt. Als solche appelliert die **Parlamentarische Versammlung** an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, die erforderlichen gesetzgeberischen und Vollzugsmaßnahmen zu ergreifen, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, und den Informationsaustausch über die durch das organisierte Verbrechen aufgeworfenen Bedrohungen sowie über mögliche Gegenmaßnahmen unter anderem auch im Rahmen der OSZE fortzusetzen;
10. Das Vertrauen in die Sicherheit des Zugangs zu den Märkten und des Schutzes der Investitionen stellt eine unerläßliche Voraussetzung für eine Wirtschaftsaktivität im allgemeinen und für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im besonderen dar. Dementsprechend appelliert die **Parlamentarische Versammlung** an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) mit dem Ziel der Öffnung der Märkte zusammenzuarbeiten, Handelshemmnisse zu beseitigen und Handelskonflikte zu lösen und darüber hinaus auch die Teilnehmerstaaten, die noch nicht Mitglied der WTO sind, in ihrem Bemühen um eine Mitgliedschaft zu unterstützen. Die **Parlamentarische Versammlung** ermutigt die Regierungen, die laufenden Bemühungen um Bestimmungen für gesellschaftliche und Umweltnormen sowie um Normen zum Schutz der Arbeitnehmer im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation innerhalb der WTO zu unterstützen;
11. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, ausländischen Investoren dieselbe Behandlung zukommen zu lassen wie einheimischen Investoren. Sie begrüßt das Inkrafttreten der Europäischen Energie-Charta am 16. April 1998 und appelliert an die Vertragsstaaten, die Bestimmungen des Vertrages über die Energie-Charta rasch in nationales Gesetz zu überführen, um die Zusammenarbeit im Energiebereich zu erleichtern;
12. Das Vertrauen in die Garantie angemessener Normen des sozialen Schutzes stellt eine notwendige Abrundung jeder effizienten Wirtschaftsaktivität und ebenso eine Vorbedingung für die Vermeidung von sozialen Konflikten dar. Als solche appelliert die **Parlamentarische Versammlung** an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, Systeme des sozialen Schutzes zu entwickeln und beizubehalten, durch welche gewisse Mindestnormen des Schutzes gegen materielle Risiken im Zusammenhang mit Krankheit, Berufsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Unfälle, Alter und die Gefahr der Armut garantiert werden. Die **Parlamentarische Versammlung** bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Arbeit von internationalen Organisationen und insbesondere auf diejenige der Vereinten Nationen, der ILO, der OECD und der Europäischen Union. Eine besondere Aufmerksamkeit muß dabei dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowie den Maßnahmen zur Vermeidung der Diskriminierung am Arbeits-

markt auf der Grundlage von Geschlecht, Rasse oder Religion bzw. aus gleich welchem Grunde gelten. Die **Parlamentarische Versammlung** hält es für sehr wichtig, daß die Arbeitnehmer- und die Arbeitgeberorganisationen die Freiheit haben, angemessene Arbeitsbedingungen im Rahmen von Verträgen auszuhandeln;

13. In Anerkennung der Bedeutung von Bildung und Ausbildung für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand sowie für die persönliche Entfaltung des einzelnen ist die Notwendigkeit festzuhalten, die arbeitsbezogenen Ausbildungsmaßnahmen und den Prozeß eines lebenslangen Lernens unter den angestellten Mitarbeitern bewußter zu machen. In der Überzeugung, daß der internationale Austausch im Zusammenhang mit Ausbildung und Beschäftigung das Verständnis, das Vertrauen und die Zusammenarbeit in Europa vertiefen wird, appelliert die **Parlamentarische Versammlung** an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, die Möglichkeiten einer Intensivierung der einschlägigen Programme zu prüfen;
14. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, alles erdenklich Mögliche zu tun, um diese Grundsätze praktisch umzusetzen und die Verpflichtungen im wirtschaftlichen Bereich zu standardisieren, die gegenwärtig auf eine Vielzahl von Dokumenten verstreut sind, um dadurch zu einer gewissen Harmonisierung des gesetzgeberischen Rahmens zu gelangen;

II. Elemente für die Entwicklung von starken, nach vorn gerichteten Volkswirtschaften

15. Die Globalisierung der Wirtschaft, die Notwendigkeit sicherer Arbeitsplätze sowie die Auswirkungen auf das natürliche Umfeld sind diejenigen neuen Herausforderungen, denen die Teilnehmerstaaten der OSZE sich zu stellen haben. Da hier auch grenzüberschreitende Probleme eine Rolle spielen, sind gemeinsame Strategien zu ihrer Lösung erforderlich. Die Gelegenheiten für eine Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten der OSZE bieten sich insbesondere in den folgenden Bereichen:
16. Der Aufbau und die weitere Entwicklung der grenzüberschreitenden Infrastrukturen stellen die Voraussetzung und die Grundlage für den weiteren Ausbau der Kooperation im Bereich der OSZE dar. Die Intensivierung des Wirtschaftsaustausches im OSZE-Gebiet, die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors sowie die Entwicklung einer informationsgestützten Gesellschaft setzen leistungsfähige Transport-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen voraus. Vor diesem Hintergrund begrüßt die **Parlamentarische Versammlung** die gegenwärtig durch die Europäische Union unternommenen Anstrengungen, mit der Ausweitung von trans-europäischen Netzen voranzukommen; sie begrüßt des weiteren die hohe Priorität, welche die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung dem Bereich der Infra-

strukturen beimessen; sie bedauert allerdings das Fehlen der erforderlichen Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Sie appelliert an sämtliche Mitgliedsstaaten im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Nutzung der Infrastrukturen, insbesondere im Bereich der Telekommunikation, die notwendigen Voraussetzungen für Investitionen durch private Gesellschaften zu schaffen und an einer Öffnung der staatlichen Monopole für den Wettbewerb mitzuarbeiten. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, auch die Erfordernisse des Datenschutzes beim Ausbau ihrer Informationsinfrastrukturen angemessen zu berücksichtigen;

17. In dem Bewußtsein, daß die Nutzung des reichen wissenschaftlichen und technologischen Potentials, das in sämtlichen Teilnehmerstaaten vorhanden ist, zu einer erheblichen Dynamik für die wirtschaftliche Entwicklung führen kann, spricht sich die **Parlamentarische Versammlung** dafür aus, die wissenschaftliche und die technologische Zusammenarbeit zu intensivieren. Sie appelliert an sämtliche Teilnehmerstaaten, den Schutz des geistigen Eigentums zu gewährleisten, ohne den die wirtschaftliche Umsetzung von wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnissen im heutigen, internationalen Kontext kaum möglich sein wird;
18. Die Überwindung von Umweltproblemen und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen setzt ein umweltbewußtes und ressourcensparendes, wirtschaftliches Handeln voraus. Die **Parlamentarische Versammlung** bekräftigt erneut die anläßlich des Umweltgipfels von Rio de Janeiro ausformulierten Ziele. Insbesondere spricht sie sich für anhaltende Anstrengungen zur Verbesserung der Umweltqualität und zur Verringerung der Umweltschäden aus, die durch Einflüsse im Einzugsbereich der Teilnehmerstaaten der OSZE ausgelöst werden. Sie appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, dazu beizutragen, daß das Verschmutzerprinzip, der Grundsatz einer klaren Kostenzuordnung sowie der Einsatz von Instrumenten, durch die nicht zur Bewältigung der Umweltkosten die Mechanismen des Markts verzerrt werden, sich überall durchsetzen können. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das Potential von qualifizierten Arbeitsplätzen im Bereich der Umwelttechnologie, welche sich als Folge gesteigerter Bemühungen in der Umweltpolitik entwickeln könnte. Darüber hinaus begrüßt sie das zunehmende Maß an Bedeutung, das die internationalen Finanzinstitutionen dem Umweltbereich zumessen, und ermutigt letztere, auf diesem Wege fortzufahren;

III. Verstärkung der regionalen Kooperation

19. Die Teilnehmerstaaten der OSZE werden sich weiterhin um den Ausbau der regionalen Wirtschaftskooperation bemühen. Die **Parlamentarische Versammlung** fördert und begrüßt alle Initiativen, welche dem Ziel der Entwicklung von

gut nachbarlichen Beziehungen und Formen der Zusammenarbeit dienen. Eine vertiefte bilaterale und regionale Kooperation dieser Art wird die Zusammenarbeit sämtlicher OSZE-Teilnehmerstaaten auf gleichberechtigter Grundlage abrunden. Die **Parlamentarische Versammlung** bekräftigt erneut die in der Erklärung von Monaco vom 10. Oktober 1997 formulierten Ziele bezüglich der Förderung des subregionalen Prozesses wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Sie betont deren Bedeutung für die Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft, grenzüberschreitendem Austausch und Handel sowie für die Festigung der bürgerlichen Gesellschaft. Sie verweist auf die wichtige Aufgabe des Prozesses der subregionalen Wirtschaftskooperation als Forum des Dialogs und des Handelns für die im Übergang befindlichen Staaten. Die subregionale Kooperation wird auf der Grundlage ihres flexiblen Wesens in der Lage sein, zum Prozeß der Integration Europas beizutragen, und damit ein Gegengewicht gegen die Ausbildung neuer Trennlinien setzen. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die Regierungen der Teilnehmerstaaten, den Prozeß der subregionalen Zusammenarbeit zu verstärken und ihre Möglichkeiten zu nutzen, Konflikte zu verhüten und die Kooperation im Kontext der Subsidiarität zu verstärken;

IV. Die wirtschaftliche Dimension der OSZE und ihre Instrumente

20. Die praktische Umsetzung der Prinzipien eines OSZE-weiten Raums mit derselben grundsätzlichen wirtschaftlichen Ausrichtung, so wie er in Kapitel I beschrieben ist, würde die Voraussetzungen dafür schaffen, die Risiken und die Gefahren für Sicherheit und Kooperation im Raum der OSZE zu überwinden. Diese Gefahren ergeben sich aus dem schwierigen Prozeß des Übergangs von zentral verwalteten Planwirtschaften zu freien Marktwirtschaften. Darüber hinaus sind die Verzerrungen zu sehen, die den Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung begleiten und insbesondere in Produktions- und Beschäftigungstendenzen zum Ausdruck kommen;
21. Die zunehmende Differenzierung der wirtschaftlichen Situation einzelner Länder im gesamten Bereich der OSZE ist ein Prozeß, der mit der Gefahr des Auftretens neuer Grenzen auf der Basis von Wohlstandsunterschieden einhergehen könnte. Es ist eine offenkundige Tatsache, daß die rasche und systematische Umsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen eng mit dem Einsetzen eines nachhaltigen und dynamischen Wirtschaftswachstums korreliert. Wirtschaftliche Probleme in manchen Ländern, soziale Spannungen, wirtschaftlich begründete Wanderungsströme sowie grenzüberschreitende Umweltprobleme begründen in der Tat reale, wirtschaftlich begründete Gefahren auch für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese Gefahren kommen bereits in einem frühen Stadium durch Veränderungen der makroökonomischen Grunddaten wie Inflation, Wachstum, Beschäftigung,

Zahlungsbilanz und Haushalt zum Ausdruck. Diese Indikatoren sind von besonderer Bedeutung für die frühzeitige Erkennung und Bewältigung von wirtschaftlichen Krisen;

22. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an den Internationalen Währungsfond (IWF), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) sowie an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der OSZE die Ergebnisse ihrer Studien über die Bedrohungen der wirtschaftlichen Stabilität zur Verfügung zu stellen und die OSZE gemeinsam mit den jeweils betroffenen Ländern in die Ausarbeitung von Strategien zur Festigung der wirtschaftlichen Stabilität einzubeziehen;

Die **Parlamentarische Versammlung** sieht die Aufgaben der OSZE bezüglich ihrer wirtschaftlichen Dimension in folgenden Punkten:

23. Berücksichtigung der wirtschaftlichen Faktoren im Zusammenhang mit der frühen Erkennung von Bedrohungen gegen die Sicherheit und mit der Vermeidung und Lösung von Konflikten;
24. Informationsaustausch mit den verantwortlichen internationalen Organisationen auf der geeigneten, leitenden Ebene über die sich aus wirtschaftlichen und Umweltproblemen ergebenden Gefahren für die Sicherheit;
25. Schaffung der politischen Unterstützung für die Entwicklung von Wirtschaftspolitiken für die Teilnehmerstaaten der OSZE auf der Grundlage von gemeinsamen Prinzipien und Einbringung der wirtschaftlichen Dimensionen der OSZE, welche auch die wirtschaftlichen Aspekte der umfassenden Sicherheit beinhalten, in die internationale Diskussion über Wirtschafts- und Sicherheitsfragen;

Die **Parlamentarische Versammlung** ruft dazu auf,

26. der Rat möge den für die Sicherheit relevanten wirtschaftlichen Fragen bei seiner Arbeit den angemessenen Raum geben;
27. das Wirtschaftsforum der OSZE, das jedes Jahr in Prag zusammentritt, möge sich um Unterstützung für die Entwicklung von Wirtschaftspolitiken auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien als Basis für Vertrauensbildung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und umfassende Sicherheit in Europa bemühen und in diesem Zusammenhang der Schaffung der Voraussetzungen dafür die erforderliche Aufmerksamkeit beimessen, wie dies in Kapitel I dargelegt ist;
28. der Amtierende Vorsitzende der OSZE möge regionale Wirtschaftsvereinigungen einladen, bei den Konferenzen des Wirtschaftsforums zugegen zu sein;
29. der Koordinator der OSZE für die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten möge das in seinem, anläßlich der Tagung des Ministerrats in Kopenha-

- gen im Dezember 1997 verabschiedeten Mandat liegende Potential voll nutzen, um die Bedeutung der wirtschaftlichen Dimension für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter zu fördern. Hierzu gehört insbesondere auch eine Beteiligung an den Veranstaltungen des Wirtschaftsforums, das Führen eines Dialogs mit den internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen über sicherheitsrelevante Wirtschaftstrends sowie die Aufbereitung dieser Informationen, um sie dem Ständigen Rat vorzulegen;
30. die Mandate für die Missionen der OSZE mögen den wirtschaftlichen Aspekten der umfassenden Sicherheit alle angemessene Bedeutung einräumen, und es möge in jedem einzelnen Falle auch die Beistellung von Wirtschaftsfachleuten zu den OSZE-Missionen erwogen werden;
31. Es mögen das Know-how und die Erfahrung der internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen genutzt werden; dies gilt insbesondere für
- 31.1 den internationalen Währungsfonds im Hinblick auf die Analyse und Bewertung der volkswirtschaftlichen Grunddaten in den Teilnehmerstaaten;
- 31.2 die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Strategien und Programmen für Wirtschaftsaktivitäten der OSZE, z. B. im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsforum und der Durchführung von gemeinsamen Seminaren;
- 31.3 die internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BIRD) sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), insbesondere im Zusammenhang mit der Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den im Übergang befindlichen Ländern;
- 31.4 die Europäische Union, die über ihr umfassendes System von Verträgen erheblich zur Stabilisierung in der Region beiträgt und auf signifikante Weise die Entwicklung von Demokratie, Herrschaft des Rechts und Marktwirtschaft fördert;
- 31.5 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Analyse und der Beratung für Länder im Übergang sowie die Welthandelsorganisation (WTO) im Zusammenhang mit der Ausweitung und Liberalisierung des Handels;
32. Die **Parlamentarische Versammlung** regt an, die Möglichkeiten der OSZE zu verstärken, das Know-how und die Erfahrung der internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen für sich zu nutzen, um so früh wie möglich Bedrohungen gegen die Sicherheit erkennen zu können, die sich aus wirtschaftlichen Krisensituationen ergeben können. Die durch die Mitarbeiter der OSZE unter der Verantwortung des Koordinators für die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE erstellten Berichte werden ihrerseits durch internationale Organisationen sowie durch OSZE-Mitglieder genutzt werden, und letztere sollten dann alle erforderlichen Maßnahmen einleiten;
33. Die **Parlamentarische Versammlung** fordert eine intensivere Einbindung der Privatwirtschaft, und zwar sowohl der Unternehmer als auch der Arbeitnehmer bei der Behandlung der wirtschaftlichen Dimension, insbesondere durch eine Beteiligung an dem Wirtschaftsforum der OSZE und dessen Nachfolgeseminaren. Die Versammlung begrüßt die Einrichtung des Europäischen Wirtschaftskongresses (EBC) und sieht der weiteren Entwicklung des EBC im Einklang mit den Grundsätzen der OSZE mit Genugtuung entgegen;
34. Die **Parlamentarische Versammlung** appelliert an die Teilnehmerstaaten, eine Wirtschaftscharta der OSZE auf der Grundlage der Prinzipien und Empfehlungen in der vorliegenden Entschliebung auszuarbeiten. Sie ist dazu bereit, auf der Basis von beiderseitigem Vertrauen mit dem neuen Koordinator für die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE zusammenzuarbeiten und die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsforum in der Zukunft enger und effizienter zu gestalten.

Der Ständige Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE beschloß am 7. Juli 1998 sich den folgenden Empfehlungen anzuschließen:

Bericht des vom Ständigen Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Beglaubigungsschreiben

betr. die Delegation von Weißrußland

Nachdem Vertreter beider Parteien aus der Republik Belarus gehört wurden und nachdem der Bericht der von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nach Weißrußland entsandten Berichterstatterdelegation geprüft wurde, erklärt der Ausschuß zur Prüfung der Beglaubigungsschreiben:

- im Hinblick darauf, daß die Berichterstatterdelegation der Versammlung abschließend empfohlen hat, die Anfechtung der Beglaubigungsschreiben des 13. Höchsten Sowjets zurückzuweisen und die Mandate der Mitglieder der Delegation des 13. Obersten Sowjets als offizielle Vertreter bei der Versammlung aufrechtzuerhalten;
- im Hinblick darauf, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE zuvor alle Anstrengungen zurückgewiesen hat, durch ein nicht-verbindliches Referendum eine neue gesetzgebende Versammlung zu schaffen oder neu einzurichten oder eine Verfassung neu zu formulieren;
- im Hinblick darauf, daß sich die Verhältnisse in der Republik Weißrußland seit der Empfehlung des Ausschusses zur Prüfung der Beglaubigungsschreiben im Jahr 1997 offenbar nicht geändert haben und angesichts des Beschlusses des Ständigen Ausschusses im Jahre 1997, die Anfechtung der Beglaubigungsschreiben des 13. Obersten Sowjets zurückzuweisen;
- im Hinblick darauf, daß die internationale öffentliche Meinung weiterhin ganz überwiegend die Rechtmäßigkeit des 13. Obersten Sowjets als der offiziellen gesetzgebenden Versammlung von Weißrußland anerkennt,

empfiehlt der Ausschuß zur Prüfung der Beglaubigungsschreiben:

- daß der 13. Oberste Sowjet in der Versammlung weiterhin als die letzte rechtmäßig gewählte ge-

setzgebende Versammlung in Weißrußland angesehen wird; daß der Ständige Ausschuß die Anfechtung der Beglaubigungsschreiben des 13. Obersten Sowjets zurückweist und weiterhin dieser Delegation ihre Mandate beläßt;

- daß die Regierung von Weißrußland Voraussetzungen schafft für die Abhaltung freier, fairer und offener Parlamentswahlen im Einklang mit den Verpflichtungen der OSZE – einschließlich der Vorbedingungen für eine freie und offene Presse, fairer Rahmenbedingungen für Parteien und Bewerber unter Wahrung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und eine internationale Wahlbeobachtung, die durch die Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE und andere OSZE-Institutionen unterstützt werden können
- und daß der Ständige Ausschuß, wie von der Berichterstatterdelegation empfohlen, die Einrichtung einer parlamentarischen Ad-hoc Arbeitsgruppe in Betracht zieht, um eine unterstützende Rolle bei der Arbeit der Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Weißrußland zu spielen, den Ausbau der Demokratie in Weißrußland und die Herbeiführung eines Dialogs zu unterstützen und die nationale Aussöhnung in dieser Republik zu erleichtern.

Vorgelegt von:

Vorsitzender Bill Graham (MP-Canada), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Herr Kazys Bobelis (MP-Litauen), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Frau Irena Lipowicz (MP-Polen), Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Herr Willy Wimmer (MdB-Deutschland), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Frau Tana de Zulueta (MP Italien), Berichterstatterin des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Umwelt der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Erklärung des Parlamentarierinnentreffens

1. Wir verweisen auf die Empfehlungen der im Jahr 1995 in Beijing veranstalteten Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, unter dem Titel *Maßnahmen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden*, in denen internationale zwischenstaatliche Institutionen aufgefordert werden, eine geschlechtsspezifische Perspektive in alle politischen Maßnahmen und Aktivitäten einzubeziehen; wir verweisen ferner auf die Debatte über diese Empfehlungen, die während der 42. Sitzung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau im März 1998 in New York geführt wurde. Wir begrüßen eine erneute Debatte auf der vorgeschlagenen Sondersitzung der Generalversammlung im Jahr 2000 mit dem Ziel, Folgemaßnahmen zur Konferenz von Beijing zu ergreifen.
2. Wir begrüßen die Schlußfolgerungen des im Oktober 1997 in Warschau veranstalteten BDIMR-Seminars zum Thema der Förderung der Mitwirkung von Frauen in der Gesellschaft als den Beginn einer umfassenden Diskussion darüber, wie eine geschlechtsspezifische Perspektive in die Arbeit der OSZE einbezogen werden kann und wir stellen fest, daß es von großer Bedeutung ist, das Thema „Gender“ auf der Tagesordnung der OSZE zu belassen. Wir begrüßen die Verpflichtung des zukünftigen norwegischen amtierenden Vorsitzenden der OSZE, im Jahr 1999 ein ähnliches Seminar zu veranstalten.
3. Wir stellen fest, daß geschlechtsspezifische Aspekte in vielen Arbeitsbereichen der OSZE noch immer keine Berücksichtigung finden.
4. Wir begrüßen als einen ersten positiven Schritt den jüngsten Beschluß des Generalsekretärs der OSZE, eine Anlaufstelle im Generalsekretariat der OSZE für die Behandlung geschlechtsspezifischer Fragen einzurichten und wir betonen, daß es von großer Bedeutung ist, diese Anlaufstelle mit ausreichenden Mitteln für die Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe auszustatten. Wir fordern das Generalsekretariat auf, durch die Anlaufstelle einen Aktionsplan auszuarbeiten, der sich mit der Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Perspektive in die Arbeit der Organisation befaßt.
5. Wir fordern die Regierungen der Teilnehmerstaaten auf, die Mitwirkung von Frauen an der konfliktverhütenden Arbeit weiter zu institutionalisieren, indem sie die Stelle oder das Amt eines Kommissars einrichten.
6. Wir stellen fest, daß eine aktivere und stärker formalisierte Beteiligung von Männern und Frauen an der konfliktverhütenden Arbeit der OSZE einen Beitrag zur Wirksamkeit konfliktverhütender Aktivitäten leisten wird.
7. Wir fordern die OSZE auf, eine geschlechtsspezifische Perspektive in alle Ebenen der konfliktverhütenden Aktivitäten sowie auch bei allen weiteren operationellen Aktivitäten oder Politiken der OSZE einzubeziehen.
8. Wir fordern die OSZE auf, u. a. auf dem Wege über Sonderquoten die Beteiligung von Frauen und ihre Führungsstellung in Entscheidungsgremien zur Konfliktverhütung zu verstärken und wir fordern eine größere Beteiligung von weiblichem Personal auf allen Ebenen der Feldmissionen.
9. Wir stellen fest, daß Frauen oftmals zu den besonders schutzbedürftigen Gruppen in der Zeit vor, während und nach einem Konflikt gehören und daß die OSZE diesen Umstand bei ihrer Arbeit nicht ausreichend berücksichtigt hat.
10. Wir fordern die OSZE auf, den Prozessen der Mitwirkung Priorität zu verleihen, um sicherzustellen, daß sowohl die Erfahrungen von Frauen als auch die von Männern einen wesentlichen Bestandteil der Konfliktverhütung ausmachen.
11. Wir fordern die OSZE auf, die Rolle von Nichtregierungsorganisationen von Frauen bei der Konfliktverhütung, u. a. durch Frühwarnung und Friedensschaffung, anzuerkennen und zu unterstützen.
12. Wir fordern die OSZE und die Teilnehmerstaaten auf, die derzeitigen Anstrengungen mit dem Ziel der praktischen Ausbildung internationaler Friedenstruppen im Bereich geschlechtsspezifischer Menschenrechte, des Bewußtseins für das Thema „Gender“, in bezug auf einen Verhaltenskodex und insbesondere in bezug auf die Verhinderung von Gewalt gegen Frauen, zu verstärken.
13. Wir fordern die Teilnehmerstaaten der OSZE und die einschlägigen OSZE-Gremien auf, Workshops zu veranstalten zum Thema der Einbindung von geschlechtsspezifischen Ansätzen in die Arbeit der OSZE mit dem Ziel, das Bewußtsein für geschlechtsspezifische Unterschiede in den Arbeitsgebieten der OSZE zu schärfen.
14. Wir fordern die einschlägigen Institutionen der OSZE auf, umgehend die in den Empfehlungen des Seminars von Warschau genannten Maßnahmen, die ohne erneute Beschlußfassung von OSZE-Entscheidungsgremien umgesetzt werden können, einzuleiten sowie unverzüglich Folgemaßnahmen zu den übrigen Empfehlungen zu ergreifen. Wir fordern die OSZE-Teilnehmerstaaten weiterhin auf, bei der nächsten Sitzung zur Umsetzung der menschlichen Dimension die Einhaltung der Verpflichtungen der OSZE in bezug

auf die Gleichstellung von Mann und Frau, insbesondere die in dem Moskauer Dokument genannten Verpflichtungen, entschieden und gezielt zu überprüfen.

15. Wir fordern die Parlamentarische Versammlung der OSZE auf, die Folgemaßnahmen zur Weltfrauenkonferenz von Beijing (1995) bei der Vorbereitung der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2000 zu berücksichtigen.

Parlamentarische Versammlung der OSZE

Übersicht über die Funktionsträger (Stand nach der 7. Jahrestagung 1997)

Präsidentin:

Helle Degn (Dänemark) (Mandat bis Juli 1999)

Vizepräsidenten:

Dr. Kazys Bobelis (Litauen) (Mandat bis Juli 1999)
Claude Estier (Frankreich) (Mandat bis Juli 1999)
Bill Graham (Kanada) (Mandat bis Juli 1999)
Irena Lipowicz (Polen) (Mandat bis Juli 2000)
Gennady Seleznev. (Russische Föderation) (Mandat bis Juli 2000)
Willy Wimmer (Deutschland) (Mandat bis Juli 2000)
Steny Hoyer (USA) (Mandat bis Juli 2001)
Tana De Zulueta (Italien) (Mandat bis Juli 2001)
Tekin Enerem (Türkei) (Mandat bis Juli 2001)

Schatzmeister:

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich) (Mandat bis Juli 1999)

emeritierter Präsident:

Javier Rupérez (Spanien) (Mandat bis Juli 1999)

Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Vorsitzender:

Bruce George (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretender Vorsitzender:

Kimmo Kiljunen (Finnland)

Berichterstatter:

Alcee Hastings (USA)

Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Vorsitzender:

Jacques Floch (Frankreich)

Stellvertretender Vorsitzender:

Jerahmiel Grafstein (Kanada)

Berichterstatter:

Thomas Onken (Schweiz)

Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Vorsitzender:

Gert Weisskirchen

Stellvertretender Vorsitzende:

Dorota Simonides (Polen)

Berichterstatter:

Nino Burdjanadze (Georgien)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44

ISSN 0722-8333